

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 2. April 1898.

Inserats die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 M.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Rückblicke auf das Wirtschaftsjahr 1897. — Der Jahresbericht der englischen Fabrikinspektoren. — Feuilleton: Zur Geschichte des Thermometers. — Eine Rede des Reichstagsabgeordneten v. Elm im deutschen Reichstage, gehalten am 9. März d. J. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allg. Kr.- u. St.-R. d. M.: Korrespondenzen: Darmstadt, Düsseldorf, Göttingen. Berichtigung. — An die Verwaltungsstellen in Brandenburg und Pommern. — Technisches: Elektrische Zugförderung zur Verhütung von Unfällen in Folge Schienenbruchs oder Taschenlockung. — Vermischtes.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach Leipzig-Magwitz (Frederking), nach Rastok (U. Spierling) Str., nach Staßfurt (Firma Sauerbrey) M., nach Torgelow Str., nach Wolfenbüttel (Brandes) M.;
 - von Feilenbauern nach Brandenburg L., nach Leipzig L.;
 - von Klempern nach Gabelau (Riemann), nach Hensburg (Wölter'sche Blechwaarenfabrik) D., nach Leipzig L., nach Wiesbaden L.;
 - von Schlossern und Maschinenbauern nach Wiesbaden L.;
 - von Schleifern nach Bielefeld (Hengstenberg U.-G.);
 - von Fahrradarbeitern nach Bielefeld (Repper u. Osterwald) Str., nach München (Freya) D., nach Schönebeck (Hoyer & Glahn) M.;
 - von Bauhülffern nach Bamberg (Kunst- u. Bauhülfferei U. Bösch);
 - von Kugelarbeitern nach Schwabach (Gußstahlkugelfabrik) M.;
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach Grimmitzschau (Maschinenfabrik U.-G.) Str.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu vermeiden sind; v. St. heißt: Streif in Aus- sicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Utkford-Reduktion.)

Rückblicke auf das Wirtschaftsjahr 1897.

„Die Industrie kann im Allgemeinen das Jahr 1897 zu einem der besten zählen. Die Betriebe sind vielfach vergrößert worden, auch hat eine Vermehrung der Arbeiterzahl stattgefunden, die in einer Reihe vorliegender Berichte auf 15—20 Prozent angegeben wird.“ So faßt die „Frf. Ztg.“ ihr Urtheil über das Wirtschaftsjahr 1897 zusammen. Daß dies keine leere Behauptung, sondern völlig zutreffend ist, kann durch zahlreiche Beweise dargethan werden. Vor Allem urtheilen in gleicher Weise auch die Handelskammern in ihren Jahresberichten, soweit dieselben bereits veröffentlicht worden sind. So sagt die Mannheimer Handelskammer: „Überall herrschte reges Leben, auf vielen Gebieten, namentlich in der Industrie, hat der am Ende des Jahres 1896 angezeigte Aufschwung unverkennbare Fortschritte gemacht. Auch die Aussichten für das kommende Jahr werden im Allgemeinen nicht ungünstig beurtheilt. An neuen Momenten von wesentlichem Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens hat es nicht gefehlt. . . Die Nachfrage nach Lokomotiven und landwirthschaftlichen Maschinen gab der Industrie überreiche Beschäftigung und die Preise waren, obgleich der Nachfrage auch ein größeres Angebot gegenübertrat, befriedigend. Die Fabrik für Eisenbahnbedarf mußte die Arbeiterzahl erhöhen, um die vorliegenden Aufträge zu bewältigen. Der volle Betrieb für 1898 ist schon jetzt gesichert. Motorwagen fanden befriedigenden Absatz.“ Aus dem die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vorjahres gleich günstig schildernden Jahresberichte der Kasseler Handelskammer erwähnen wir nur, daß im dortigen Bezirke, insbesondere die großen gewerblichen Anlagen, die sich mit der Herstellung von Lokomotiven und Eisenbahnwagen befassen, vollauf beschäftigt gewesen sind. „Durch Anlage einer weiteren Eisenbahnwagenfabrik konzentriert sich dieser bedeutungsvolle

Industriezweig hier immer mehr. Aber auch den weiteren Maschinenbauanlagen hat das abgelaufene Wirtschaftsjahr reichliche Beschäftigung gebracht.“

Daß die wirtschaftliche Prosperität im Vorjahre in der That weitere Fortschritte gemacht hat, zeigen die Ziffern der Produktion, der Gründungen und Emissionen, des Auswandererverkehrs, des Eisenbahn- und Geldverkehrs, des auswärtigen Handels u. Die deutsche Roheisenproduktion hat eine weitere Steigerung erfahren und zwar auf 6,889,067 gegen 6,360,982 Tonnen im Jahre 1896. Im Jahre 1872, vor 25 Jahren, betrug sie noch nicht einmal 2 Millionen, nämlich nur 1,988,000 Tonnen; sie hat sich demnach im letzten Vierteljahrhundert um mehr als das Dreifache gesteigert. Und in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres hat die deutsche Roheisenproduktion gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres eine weitere Erhöhung erfahren, so im Januar von 564,364 auf 626,871 T.

Auch die Kohlenproduktion ist weiter gestiegen. So betrug im Gebiete Preußens die Steinkohlenproduktion mit 84,25 Millionen Tonnen um 6,66 Prozent mehr als 1896 und die Braunkohlenproduktion mit 24,13 Millionen um 9,56 Prozent mehr. Die Steinkohlenwerke vermehrten sich von 264 auf 268, während die Zahl der Braunkohlenwerke mit 369 unverändert blieb. Die Zahl der Steinkohlenarbeiter stieg von 282,971 auf 301,549, der Braunkohlenarbeiter von 30,776 auf 31,881, zusammen um 19,683. Im Jahre 1848, also vor 50 Jahren, betrug die gesammte Kohlenproduktion Deutschlands nur 4,4 Millionen Tonnen!

Bei ungeschwächter Fortdauer der wirtschaftlichen Prosperität florirt selbstverständlich auch die gewinnbringende Gründertätigkeit. Nicht weniger als 254 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 380,47 Millionen Mark wurden 1897 gegründet, welche Zahlen gegenüber 1896 eine große Steigerung bedeutet, da in diesem Jahre „nur“ 182 Gesellschaften mit 268,58 Millionen gegründet wurden. Nur wenige Jahre verzeichnen eine noch fiebrhaftere Gründertätigkeit als das Jahr 1897. So das Jahr 1889 mit 360 Gesellschaften und 402,54 Millionen, 1873 mit 242 Gesellschaften und 544 Millionen und 1872, das Hauptgründerjahr, dem aber der fürchterliche Prach folgte, mit 479 Gesellschaften und 1477 Millionen. Außer den Aktiengesellschaften wurden 1897 noch 640 Genossenschaften (1896: 376) mit einem Kapital von 128,48 gegen 136,49 Millionen Mark im Jahre 1896 gegründet.

Von den 1897 neugegründeten Aktiengesellschaften waren 11 Elektrizitäts-Gesellschaften mit M 96,31 Mill. (davon allein M 35 Mill. Siemens u. Halske, M 30 Mill. Elektr. Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft Berlin, M 16 Mill. Aktien-Gesellschaft für Elektrizitäts-Anlagen, Rdn), dann kommen 47 Metallverarbeitungs- und Maschinenbau-Gesellschaften mit M 52,22 Mill., 36 Nahrungsmittel-Gesellschaften mit M 31,83 Mill., 15 Banken mit M 29,6 Mill., 22 Gesellschaften der Textil-Industrie mit M 27,67 Mill., 26 Brauereien mit M 24,95 Mill., 11 Eisenbahnen mit M 24,20 Mill., 8 sonstige Transport-Anstalten mit M 22,76 Mill., 23 Gesellschaften der Industrie der Steine und Erde mit M 18,16 Mill., 14 Chemische Industrie, Heiz- und Leuchtstoff mit M 17,56 Mill., 10 hausgewerbliche Unternehmungen mit M 13,47 Mill. usw.

Insgesamt wurden Ende 1896 in Deutschland 3642 Aktiengesellschaften mit 6,408,245,000 M gezählt, wovon allein 277 mit 1,177,175,000 M auf Berlin entfielen. Auf die Metall- und Maschinenindustrie entfielen 425 Gesellschaften mit 434,630,000 M, wovon 45 Gesellschaften mit 157,523,000 M in Berlin. Von sämtlichen deutschen Aktiengesellschaften

gehören 11 Prozent und von deren gesammtem Grundkapital 7 Prozent der Metall- und Maschinenindustrie an. Am Grundkapital haben die 410 Banken mit 1,873,062,000 M den größten Antheil, dann folgen die 259 Gesellschaften für Bergbau und Hüttenwesen mit 928,521,000 M, 116 Eisenbahngesellschaften mit 507,461,000 M, 394 Brauereien, Brennereien und Malzfabriken mit 367,284,000 M usw. Das deutsche Kapital ist auch noch stark in ausländischen Aktienunternehmungen engagirt, doch ist uns nicht bekannt, wie viel hierauf von den 20 Milliarden Mark, die im Auslande angelegt sind, entfallen.

Wie gut die deutschen Aktiengesellschaften gedeihen, zeigt auch die Konkursstatistik. Nur 7 von den 3642 Gesellschaften sind in Konkurs gerathen, während es 1896 noch 13 waren. Die zu Grunde gehenden Gesellschaften sind meistens kleinere Unternehmungen und dürfen daher wohl als die Opfer des Aufschwungsprozesses der großen Gesellschaften betrachtet werden.

Außer den Neugründungen, die 1897 erfolgten, haben auch bedeutende Emissionen von Obligationen und Aktien an den Börsen stattgefunden und zwar im Nominalbetrage von 1624,32 und im Kurswerthe von 1736,81 Millionen Mark, wovon 183,84 Millionen Industrieaktien waren. In England betragen die Emissionen 2145,80 Millionen Mark.

Da wir bei der Börse sind, so wollen wir auch an den Bewegungen der Börsenkurse nicht achtlos vorübergehen. Da haben wir zunächst die Aktien der „Mler“-Fahrradwerke in Frankfurt a. M., die von 254 am 31. Dezember 1896 auf 270,50 M am 31. Dezember 1897 stiegen, die Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, deren Aktien von 255,40 auf 278,50 M stiegen; Bochumer stiegen von 166,90 auf 205 M, Harpener von 176,75 auf 195 M, Gelsenkirchener von 171 auf 192 M, Laura von 163 auf 183 M, Hibernia von 181,50 auf 209,90 M, Badische Anilin in Mannheim von 445 auf 488 M usw. Von Mitte Oktober 1897 bis Mitte März 1898 stiegen die Aktien der Bochumer Gußstahlfabrik von 187,5 auf 201,50, Annener Gußstahl von 130,50 auf 162,50, Armaturenfabrik Strube von 96,50 auf 109,90, Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik von 190 auf 216,50, Zimmermann in Chemnitz von 143,50 auf 177,75, Kottbusser Maschinenfabrik von 128,75 auf 163,50, Düsseldorf Waggonfabrik von 221,25 auf 272,90, Egestorff Maschinenfabrik von 244,10 auf 285, Freund in Berlin von 270 auf 291,40, Sächsishe Stilmaschinen von 180 auf 229,10 M usw. Diese Auszüge könnten noch um mehr als das Doppelte vermehrt werden; vorstehende Angaben genügen, um darzutun, wie ermunternd und belebend der gute Geschäftsgang und der reiche Gewinn auf die Börse gewirkt haben.

Die Steigerung des Verkehrs brüdt sich in den um 5 Prozent gegenüber 1896 höheren Bruttoeinnahmen der deutschen Eisenbahnen aus, ferner des Geldverkehrs in der Steigerung des Umsatzes der Reichsbank von 22,904 Milliarden im Jahre 1896 auf 24,192 Milliarden Mark im Jahre 1897.

Die mit der guten Geschäftslage verbundene reichlichere Arbeitsgelegenheit und der in Folge genügender Beschäftigung und Ueberzeitarbeit errungene Mehrerwerb haben einen weiteren Rückgang der deutschen Auswanderung nach überseeischen Ländern zur Folge gehabt. 1896 betrug die Zahl der Auswanderer 25,771, 1897 nur noch 18,801. Allerdings ist diese seit Jahren andauernde Verminderung der überseeischen Auswanderung zum Theil auch auf die von den Ver. Staaten geschaffenen Erschwerungen der Einwanderung zurückzuführen.

Der auswärtige Handel Deutschlands hat sich bezüglich der Ein- und Ausfuhr im verfloffenen Jahre

weiter in erheblichem Maße gesteigert. Die Einfuhr stieg von 4,557,951,000 M in 1896 auf 4,832,891,000 M in 1897 und die Ausfuhr von 3,753,822,000 auf 3,808,131,000 M. Die Einfuhr Deutschlands betrug demnach um 1082 Millionen Mark mehr als die Ausfuhr. Gegen 1896 ist diese nur um 55, die Einfuhr dagegen gegen 1896 um 275 Millionen gestiegen. Ein noch ärgeres zahlenmäßiges Mißverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr hat England. Seine Einfuhr betrug 1897 451,23 Millionen Pfund Sterling gegen 441,80 Millionen im Jahre 1896, seine Ausfuhr aber nur 234,35 gegen 240,14 Mill. in 1896. Die englische Einfuhr beträgt um 217 Millionen (4340 Millionen Mark) mehr als die Ausfuhr. Dabei ist 1897 die Ausfuhr noch um 6 Millionen zurückgegangen bei gleichzeitiger Vermehrung der Einfuhr um 10 Millionen. Selbst die kleine Schweiz hat eine bedeutende kommerzielle Unterbilanz, indem ihre Einfuhr 1897 1034 Millionen und die Ausfuhr nur 693 Millionen Franken betrug. Gegen 1896 stieg die Einfuhr um 41, die Ausfuhr aber nur um 5 Millionen Franken. Die schweizerische Unterbilanz von 1897 beträgt 341 Millionen Franken.

Aus der Unterbilanz des auswärtigen Handels hat man schon alles Mögliche zu beweisen versucht, auch die Abnahme des sogenannten Nationalvermögens. Zu solchen Schlussfolgerungen ist die Handelsstatistik ein zu sehr kompliziertes Zahlengebilde. Wollte man die Handelsstatistik zu solchen Zwecken bearbeiten, so müßte man sie von allen Seiten untersuchen und dürfte sich selbstverständlich auch nicht auf die Zahlen von nur einem Jahre oder zwei Jahren beschränken. Wäre die Unterbilanz des auswärtigen Handels gleichbedeutend mit der Abnahme des nationalen Wohlstandes, so müßten z. B. England und die Schweiz schon längst völlig verarmt sein.

Zum Schlusse sei noch den Preisschwankungen im Jahre 1897 einige Beachtung geschenkt. Von 46 verschiedenen Eisen- und Stahl-Sorten und -Artikeln, welche auf dem Eisen- und Stahlmarkt vorkommen, hatten 29 am Schlusse des Jahres 1897 niedrigere Preise als zu Anfang des Jahres, 6 höhere und 11 unveränderte Preise. Die Preisrückgänge schwanken von 62 auf 61—62 Fr. für Luxemburger Eisen und von 137 1/2—140 auf 120—125 M für Feinbleche. Grubenschienen gingen zurück von 112—115 auf 101 bis 102, Kleinbahnschienen von 120—122 auf 110 bis 112, Bandstahl von 135—140 auf 125—130 M, Stabeisen von 126—130 auf 117 1/2—122 1/2, Siegener Luppen von 96—97 auf 85—86, alte Schienen von 83—84 auf 69—70 usw. Die eingetretenen Preisrückgänge sind meistens unbedeutend. Da die Preisrückgänge erst in den letzten Monaten des zweiten Halbjahres 1897 eingetreten sind, so hatten sie ohne Zweifel auf das Geschäftsergebnis nur geringen Einfluß, umso mehr, als die guten Preise auf einer sehr befriedigenden Höhe sich befanden und den größten Theil des Jahres hindurch fette Gewinne abwarfen. Die Aktionäre werden denn auch für das Jahr 1897 fast durchgehend noch höhere Dividenden erhalten als für das Jahr 1896.

Zur Geschichte des Thermometers.

Von August Driest.

Das Thermometer hat, wie so manches andere Gerath, auch eine Reihe von Entwicklungsstufen durchlaufen müssen, ehe es zu dem einfachen, handlichen und praktischen Instrument geworden ist, das dem Gewerbetreibenden, dem Naturforscher, dem Arzte so wichtige Dienste leistet und das auch im Privathaus halbe unentbehrlich geworden ist, das mindestens in keiner Familie fehlen sollte.

Wenn in irgend etwas das Gefühl des Menschen ein unzuverlässiger Maßstab ist, so ist es bei der Wärmemessung der Fall. Hier tritt die Erscheinung zu Tage, die der Psychologe „Relativität der Empfindungen“ nennt. Der Mensch ist nicht im Stande, eine Empfindung nach ihrer richtigen Stärke abzuschätzen und damit auch die Stärke des Reizes, der die Empfindung verursacht, richtig zu beurtheilen und zwar aus folgenden Ursachen. Erstens ist die Empfindlichkeit der Menschen sehr verschieden und zweitens hängt es von der vorhergehenden Empfindung ab, wie die nachfolgende aufgenommen und beurtheilt wird. Wer die Hände zuerst in kaltes Wasser getaucht hat und sie dann in laues stellt, findet letzteres warm. Der dagegen, der vorher mit recht heißem Wasser hantiert hat, findet es kühl. Der Arabländer findet es in unseren Breiten schon recht warm, während der Südländer auf unser „kaltes und raues“ Klima schimpft. Dadurch wird eine objektive Schätzung der Wärmempfindungen ganz unmöglich gemacht.

Anders liegen die Dinge für die Arbeiter. Die von ihnen in erster Linie benötigten Lebensmittel haben eine Steigerung der Preise erfahren. Nach dem Statistiker Sauerbeck berechneten sich die Lebensmittel zu Ende 1897 um fast 4 Punkte (66,5 gegen 63,9) höher als Ende 1896 und zwar betrifft die eingetretene Preissteigerung in der Hauptsache Getreide und Fleisch, also vor Allem das tägliche Brod. Im Einzelnen stiegen die Preise per Tonne: Roggen von 118,85 M im Jahre 1896 auf 124,32 M im Jahre 1897, Weizen von 151,44 auf 162,53, Kartoffeln von 34,44 auf 43,33; per Doppelzentner: Roggenmehl von 16,42 auf 17,19, Weizenmehl von 21,85 auf 24,44, Rindfleisch von 103,42 auf 113,11, Schweinefleisch von 86,23 auf 104,97, Butter von 187,92 auf 198,75, Reis von 17,85 auf 19,41, Heringe von 30,25 auf 40 M usw. Im Preise heruntergegangen sind nur wenige Artikel, so der Zucker von 49,72 auf 47,10, Kaffee von 140,23 auf 109,04, Petroleum von 11,81 auf 10,66, Thee per Kilo von 1,91 auf 1,85 M usw.

Bei dieser Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise ist der von den Arbeitern durch Ueberanstrengung erzielte Mehrerwerb ganz oder zum größten Theile wieder aufgegangen nur für die Ernährung. Auf der anderen Seite hat die Landwirtschaft bei den höheren Preisen um so bessere Geschäfte gemacht, die nun durch hohe Lebensmittelpreise noch ergiebiger gemacht werden sollen.

Ferner zeigt der fortwährende wirtschaftliche Aufschwung, der in der außergewöhnlichen Gründerthätigkeit, den hohen Börsenkursen der Industriepapiere, der weiteren Steigerung der Gewinne, der Vermehrung des Verkehrs seinen Ausdruck fand, daß die vielgeschmähte Arbeiterbewegung mit allen ihren Bestrebungen auf Besserung der Arbeitsverhältnisse dem „Geschäfte“ nicht den geringsten Abbruch gethan hat. Wo von den Arbeitern siegreiche Kämpfe durchgeführt wurden, da blieben die Ertragschaften weit hinter den Gewinnsteigerungen zurück und wo in Folge vermehrter Arbeitsleistung ein höherer Verdienst erzielt wurde, ist in demselben oder in noch höherem Maße auch der aus der Mehrarbeit fließende Kapitalgewinn gestiegen. Und trotzdem der wüthige Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter? Man kann ihn nur als den Gipfel kapitalistischer Frivolität, als Ausfluß kapitalistischer Unterdrückungs- und Herrschaftsbegehrten, der überdies im Jubeljahr der 1848er Revolution beweist, daß die Bourgeoisie wie ihre Sachwalter in der Regierung aus der Geschichte nichts gelernt und nichts vergessen haben.

Der Jahresbericht der englischen Fabrikinspektorinnen.

Von Helene Simon.

Die Berichte der englischen Fabrikinspektoren redigirt der Oberinspektor (Chief Inspector). Die Inspektorinnen übergeben ihren selbständig zusammengestellten Bericht neuerdings der aufsichtführenden Inspektorin (früher „Superintending Inspector“, jetzt „Principal Lady Inspector“). Die dadurch bewirkte vollständige

Im Jahre 1605 soll der Holländer Cornelius von Drebbel, der Erzieher der Söhne des Kaisers Friedrich II., den ersten Wärmemesser erfunden haben. Wenigstens erhebt Drebbel in seinem 1621 in Hamburg erschienenen Buche „de natura elementorum (von der Beschaffenheit der Elemente)“ den Anspruch, der Erfinder zu sein.

Dieser erste Wärmemesser bestand aus einem Glasrohr, das an dem einen Ende offen war und am anderen in eine Kugel endigte. Dieses Rohr war zum Theil mit gefärbtem Wasser gefüllt, so daß die Kugel nur Luft enthielt. Das andere Ende ragte in ein Gefäß mit ebenso gefärbtem Wasser hinein, so daß der Rand des Rohres von der Flüssigkeit bedeckt und somit das Leerlaufen des Rohres unmöglich war, indem der Druck der äußeren Luft dies verhinderte. Der eigentliche wärmeempfindliche Theil des Apparates war die Luftblase in der Kugel. Erwärmte man diese auf irgend eine Weise, so dehnte sie sich aus, stieg in das Rohr hinauf — je größer die Erwärmung war, desto tiefer — und verdrängte das Wasser aus dem Rohr. Beim Erkalten zog die Luft sich wieder zusammen und das Wasser wurde durch den Druck der äußeren Luft wieder zurückgedrückt.

Es leuchtet ohne Weiteres ein, daß der ganze Apparat äußerst unhandlich und unpraktisch war. Es fehlte ihm auch die sogenannten „festen Punkte“, d. h. man hatte keine allgemein gültigen Anhaltspunkte, von denen man bei der Berechnung der durch den Apparat konstatirten Erwärmung ausgehen konnte. Man konnte wohl feststellen ob eine Erwärmung oder

Kostrennung der weiblichen Abtheilung des Fabrikinspektors (Women Inspectors' Department) hat den Nachtheil, daß der Oberinspektor nicht mehr wie in den vorhergehenden Jahren die Mittheilungen der Inspektorinnen zur Ergänzung der Inspektionsberichte benutzte. Gerade diese Nebeneinanderstellung aber war geeignet, den Werth der Arbeitstheilung zwischen Mann und Weib bei der Gewerbeaufsicht in ein helles Licht zu setzen.

Die eigentliche Aufsichtsthätigkeit der Inspektorinnen war im letzten Berichtsjahre durch verschiedene Umstände geschwächt. Miß Abraham, jetzt Mistress Tennant, war ihr zum Theil durch ihre Pflichten als Superintendenting Inspectorin entzogen, zum Theil durch Erhebungen in gefährlichen Industrien. Jetzt ist sie in Folge ihrer Verheirathung aus ihrem Amte geschieden. Ihre kaum vierjährige Thätigkeit hat genügt, um ihr in der Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung eine bleibende Bedeutung zu sichern. Ihre würdige Nachfolgerin, Miß Anderson, war mit amtlichen Arbeiten überhäuft; unter Anderem hatte sie über deutschen und österreichischen Arbeiterschutz zu referiren; sowohl sie als ihre Kolleginnen waren mit Sonderberichten betraut: über die Wirkung der Thätigkeit in Bleiweißfabriken und des Polirens in der Bürsten- und Bleistiftindustrie auf den weiblichen Organismus; über Tauglichkeitsatteste für jugendliche Arbeiter; über die Heimarbeit in der Hemden- und Kravattenindustrie; über Buken, Abzüge und Ueberarbeit, sowie über Verwaltungssachen. Außerdem hat die Belastung mit Bureauarbeiten, Korrespondenzen mit Unternehmern und Lokalbehörden und die Zahl der Rücksprachen mit Arbeiterinnen zugenommen. Trotzdem ist auch in diesem Jahre der Bericht über die eigentliche Revisionsthätigkeit ein glänzender Beweis für die Einsicht und die Kraft, mit der die Inspektorinnen ihren Pflichten gerecht werden. Im Nachfolgenden sind ihm die wichtigsten Punkte über die Behandlung empfangener Beschwerden, Strafverfolgungen, Hygiene, Waschanstalten, jugendliche Arbeiter und Trudsystem entnommen, und zwar sind die gemachten Angaben, soweit es thunlich war, im Wortlaut wiedergegeben.

Während die Inspektoren im Laufe einer bis zum Jahre 1883 zurückdatirenden Thätigkeit fast nie Beschwerden von Arbeiterinnen empfangen haben, spielen solche Beschwerden eine zunehmend bedeutsame Rolle bei der weiblichen Inspektionsthätigkeit. Die Zahl der eingelaufenen Beschwerden hat sich im Jahre 1896 verdoppelt. Die verifizirbaren Beschwerden beliefen sich auf 381 gegen 198 im Vorjahre; davon kamen 108 auf ungesetzliche Ueberzeit- und Arbeit vor Beginn und nach Schluß des gesetzlich gestatteten Arbeitstages (von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, bezw. von 7 bis 7 oder von 8 bis 8 mit zwei Stunden Pause in Textilfabriken, anderthalb Stunden Pause in Nichttextilfabriken und Werkstätten), 48 auf das Fehlen getrennter Aborte für die Geschlechter, auf ihre ungenügende Anzahl oder ihre unangemessene Beschaffenheit, 50 auf ungesunde, schmutzige, feuchte Arbeitsräume, vernachlässigte oder schlechte Ventilation u., 34 auf Beschäftigung während der Mahlzeitpausen, 23 auf ungesetzliche Beschäftigung an Samstagsnachmittagen

Abkühlung stattgefunden hatte, aber wie viel diese Abkühlung betrug, konnte man nicht ermitteln, sondern man war auf willkürliche Bestimmungen angewiesen.

Ein englischer Arzt, Robert Fludd (1576—1637), ferner Otto von Guericke, der bekannte Erfinder der Luftpumpe (1602—1686), sowie Jean Rey, ein französischer Arzt (gestorben 1645), konstruirten Apparate zum Wärmemessen.

Die Erfindung der jetzt gebräuchlichen Form des Thermometers wird dem Großherzog Ferdinand II von Toscana (aus dem Hause der Medici, 1610 bis 1670) zugeschrieben. Sicher ist erst, daß der Danziger Gabriel Daniel Fahrenheit, der das Studium der Naturwissenschaften dem Kaufmannsstande, zu dem seine Eltern ihn bestimmt hatten, vorzog, solche Thermometer anfertigte.

Die Kälte im strengen Winter des Jahres 1709 erschien ihm passend als Ausgangspunkt für die Wärmemessung. Er fertigte ein Thermometer in der jetzt noch gebräuchlichen Form an, das er jedoch mit Weingeist füllte, erzeugte durch die Mischung von Eis mit verschiedenen Salzen auf künstliche Weise eine ebenso hohe Kälte und markirte den Stand des Thermometers bei dieser Temperatur als Nullpunkt. Da der Weingeist aber schon bei einer viel niedrigeren Temperatur siedet als das Wasser (172,4° [Grade] nach Fahrenheit's Thermometer, während Wasser erst bei 212° siedet), so fing der Weingeist schon bei jeder höheren Temperatur an zu kochen und machte auf diese Weise jede Messung unmöglich. Fahrenheit ersetzte deswegen im Jahre 1714 oder 1715 den Weingeist

und Sonntagen. In 74 Fällen wurde Strafverfolgung angestrengt und in 72 Fällen Verurtheilung erzielt. Im Vorjahre betrug die Strafurtheile 125. Die Verminderung ist zum Theil auf die erzielte, bessere Beobachtung der Gesetze zurückzuführen, zum Theil trat man Umgehungen neuer gesetzlicher Vorschriften zunächst mittelst Verwarnungen entgegen.

„Bei Beschwerden, zu deren Abhilfe die gesetzliche Handhabe fehlt, wie z. B. hinsichtlich des sehr häufig vorkommenden Fehlens von Trinkwasser, wurden die Unternehmer vielfach zu freiwilliger Abhilfe veranlaßt.“

„In zahlreichen Fällen führte die Beseitigung von mitgetheilten Mißständen zu weiteren Beschwerden seitens der Klägerinnen oder ihrer Freundinnen, denen ebenfalls abzuhelfen war. Ich bin durchdrungen von dem wachsenden Vertrauen der Arbeiterinnen in die Fähigkeit und den guten Willen der Inspektorinnen, ihnen beizustehen.“ — „Obwohl die Angaben oft noch ungenau sind, handelt es sich bei der Beschwerdeführung doch um eine so neue Sache für die Arbeiterinnen, daß der Muth dazu bei einer wachsenden Anzahl an sich eine höchst erfreuliche Thatsache ist. Ich könnte Beispiele sowohl hinsichtlich berechtigter Beschwerden als Dankesagungen anführen, die ein schlagender Beweis für die große Schüchternheit der Arbeiterinnen sind.“

Diese Schüchternheit würde gegenüber Inspektorinnen aus dem eigenen Stande schwinden; diese hätten indeß wieder mit Schwierigkeiten nach anderer Richtung hin zu kämpfen, so daß, um den tatsächlichen Anforderungen gerecht zu werden, bürgerliche Inspektorinnen und Inspektorinnen aus der Arbeiterklasse einander in die Hände arbeiten müßten.

„Einen ungeheuren Zeitaufwand haben die Bemühungen erfordert, durch wiederholte Revisionen, Korrespondenzen und Konferenzen mit Unternehmern und Ortsbehörden die Beschaffenheit der Aborte¹⁾ in Fabriken und Werkstätten zu verbessern. Wo alle anderen Mittel versagten, sind wir mit Erfolg gerichtlich vorgegangen. Allein in vielen Fällen ist gesetzliches Einschreiten leider unmöglich, so wo es sich lediglich um die Reinhaltung handelt, oder gegenüber dem Mißbrauch, daß der Schlüssel zum Abort für Frauen nur beim Werkführer oder auf dem Bureau erhältlich ist. Durch die Begrenztheit unserer Befugnisse, unserer Zahl und Zeit waren wir in der Hauptsache auf eine erzieherische Wirkung angewiesen, und wir haben versucht, so viel typische Fälle als möglich zu entdecken und zu veröffentlichen.“ Es ist, bemerkt die schottische Inspektorin, eine sehr weite Kluft zwischen meiner Ansicht, von dem was angemessen ist, und der des Unternehmers, und große Geduld ist erforderlich, um nicht nur die Beseitigung unerträglichster Uebelstände, sondern wirklich befriedigende Resultate zu erzielen. „Wir begegnen“, heißt es an anderer Stelle, „den widerwärtigsten Verhältnissen, und die bescheidensten Erfordernisse des Anstands müssen mit der größten Mühe erkämpft werden. Der gemeine Ton unter den Kindern, die den ganzen Tag in solcher

¹⁾ Man überseht in einschlägigen Berichten zuweilen das englische „Sanitary Conveniences“ mit dem eleganteren Ausdruck Kloset, der indessen nach meinen eigenen Anschauungen zu den Thatsachen in einem tragikomischen Gegensatz steht.

durch Quecksilber, das erst bei 674,6° nach seinem Thermometer siedet. Er war also der erste, der ein wirklich allgemein brauchbares Thermometer herstellte. Das Rezept zur Kältemischung, die er zur Feststellung des Nullpunktes benutzte, hielt er sorgfältig geheim und suchte sich auf diese Weise vor Nachahmern zu schützen.

„Balb tauchten jedoch Verbesserungsvorschläge auf, die sich jedoch vorwiegend auf die Skala, die Grad-einheit, bezogen, von denen aber nur die von Réaumur (spr. reomür) und Celsius, weiteren Anklang fanden. Der Franzose René Antoine de Réaumur (1683—1757) untersuchte den Alkohol (Weingeist) in Bezug auf seine Ausdehnbarkeit durch die Wärme und fand, daß eine bestimmte Menge Alkohol, die von der Temperatur des Gefrierpunktes des Wassers auf dessen Siedetemperatur erhitzt wurde, sich um achtzig Tausendstel ihres Umfangs ausdehnte. Also eine Menge Alkohol von 1000 Kubitzoll dehnte sich bei dieser Prozedur auf 1080 Kubitzoll aus. Deswegen schlug Réaumur i. J. 1730 vor, am Thermometer den Gefrierpunkt des Wassers mit 0, den Siedepunkt mit 80 zu bezeichnen und den Zwischenraum einfach in gleiche Theile zu theilen.

Ungefähr zu derselben Zeit schlug der Professor Anders Celsius (1701—1744) in Upsala vor, den Siedepunkt des Wassers mit 0 und den Schmelzpunkt des Eises — nicht den Gefrierpunkt des Wassers — mit 100 zu bezeichnen. Daß Celsius den Schmelzpunkt des Eises und nicht den Gefrierpunkt des Wassers empfahl, obgleich es dem Antikeime nach doch

Umgebung sind, hängt eng damit zusammen, und ich werde nicht aufhören, definitive Befugnisse zur Abänderung von Zuständen zu fordern, die oft geradezu grausam sind.“ Das Gesetz bestimmt nur, daß angemessene Aborte in genügender Zahl und getrennt für die Geschlechter zu fordern sind. Dazu kommt, daß ein gesetzliches Einschreiten in vielen Fällen nur mittelbar durch oft lässige und widerwillige Ortsbehörden möglich ist. Trotzdem sind in einer großen Reihe von Fällen bereits gute Erfolge aufzuweisen.

Miß Anderson berichtet von erfreulichen Erfahrungen, die sie über die Würdigung verbesserter Ventilation seitens der Arbeiterinnen gemacht hat. Unter Anderem dankte ihr eine Mutter für das größere Wohlbefinden ihrer Kinder und bat sie, dieselben Verbesserungen auch andernorts zu veranlassen. „Hinsichtlich der Forderung angemessener Temperatur fehlt es dem Unternehmer nie an Entschuldigungen.“ Bald widersetzten sich die Arbeiterinnen jeder Lüftung, „weil sie nur unmittelbar hinter ihnen oder über ihnen, mittelst geöffneter Fenster und Oberlichter erfolgt, durch welche die Kälte sie lawinenartig überströmt, bald wird bei Räumen ohne Heizvorrichtung erklärt, daß sie zu heiß sind, wenn das Gas angezündet werden muß. Während die Arbeiterinnen an klaren Tagen frieren, brennen an dunklen Tagen ganze Gasreihen von Morgens an, so daß die Luft abscheulich und die Hitze quälend ist. Es ist schwer zu sagen, ob die Konstitution der jugendlichen Arbeiter mehr durch extreme Hitze oder Kälte gefährdet ist, ich glaube indeß, daß das unmittelbare Leiden, besonders für die Arbeiterinnen, im letzteren Falle größer ist. Ich sah die Folgen von ganz unüblich hoher Temperatur in Krämpfstuben in müden Blicken und bleichen Gesichtern. In solchen Fällen muß zunächst die für die gewerbliche Verrichtung unumgänglich notwendige Temperaturhöhe geprüft werden. Oft findet sich, daß ein geringeres Maß genügt, und die Vorrichtungen zur Ventilation fehlen. Wo hohe Temperatur unvermeidlich ist, sollte die Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren verboten sein. Es handelt sich um die kommende Arbeitergeneration. Welche zukünftige Leistungsfähigkeit kann von jungen Mädchen und Kindern erwartet werden, die, wie ich es sah, arbeiten, während dicke Schweißtropfen ihr Gesicht überströmen und welche die Fabriken an kalten Tagen verlassen, ohne die nassen Baumwollkleider mit trockenem Wollzeug zu vertauschen. In einer Waschanstalt war die Hitze in dem großen und hellen Arbeitsraum so intensiv, daß ich meinen Thermometer aufhing und mich in den Bügelraum begab. Als ich zurückkam, stand ein kaum bekleideter schweißtriefender Mann vor dem Thermometer und sagte: „Können Sie nicht etwas für uns thun, Miß, dieser Sommer bringt uns fast um.“ Die Temperatur war 87 Grad Fahrenheit bei 62 Grad Fahrenheit draußen. — In einer Militärfabrik war es so kalt, daß die Mädchen ihre Füße in Säcke und alte Teppiche hüllten. Sie saßen mit klaffen zerquälten Gesichtern und blauen Fingern vor ihrem Strohrahmen in einem großen kalten Raume. Ueber ihren Köpfen war, in Ermangelung anderer Heizvorrichtungen, das Gas angezündet. Der Unternehmer lächelte über die Idee, daß es kalt sein könnte,

einerlei sein muß, hat seinen guten Grund. Wasser gefriert nicht immer bei gleicher Temperatur. Man kann es unter Umständen auf 11° Kälte abkühlen, ohne daß es gefriert. Dagegen bleibt die Temperatur des aufthauenden Eises unter allen Verhältnissen gleich. Thut man Eis in ein Gefäß, um es aufthauen zu lassen, so wird trotz stärkster Erhitzung das entstehende Wasser nicht wärmer als 0°, so lange noch ein Körnchen Eis darin nicht zergangen ist.

Celsius' Kollege Märten Strömer (1707—1770) schlug vor, die von dem ersteren angegebenen Bezeichnungen zu vertauschen, also den Schmelzpunkt mit 0, den Siedepunkt mit 100 zu bezeichnen. Diese Thermometerskala wird allgemein als die Celsius'sche bezeichnet. Den unter dem Nullpunkte liegenden Theil der Skala theilten Réaumur und Celsius in ebenso große Theile (Grade) ein als den über dem Nullpunkte liegenden. Bei den Skalen nach Fahrenheit verfährt man jetzt ebenso.

„Weil Fahrenheit den Nullpunkt seiner Skala durch eine künstliche Kältemischung feststellte, deren Temperatur weit unter dem Nullpunkt anderer Thermometer liegt, zeigt das Fahrenheit'sche bei dem Schmelzpunkte des Eises noch 32° Wärme. Vergleicht man die Angaben dieses Thermometers mit denen anderer Thermometer, so hat man bei Wärmegraden 32 abzuziehen und bei Kältegraden ebensoviel hinzuzuzählen. Demnach sind, wenn wir dem allgemeinen Gebrauch folgen und die Grade über dem Nullpunkt mit + (plus, Wärmegrade) und die unterhalb liegenden mit — (minus, Kältegrade — die oftmals zur Unterscheidung

während das Gas brenne, allein, als ich ihm das Thermometer wies, versprach er Defen zu stellen. Trotdem geschah hier wie im vorgenannten Falle nichts, bis gerichtlich eingeschritten wurde.“

Als eng verbunden mit der großen Hitze und staub-erzeugenden Verrichtungen wird das außerhalb des gesetzlichen Eingriffsbereichs stehende Uebel schlechten oder fehlenden Trinkwassers geschildert. Die dringende Nothwendigkeit einschlägiger Vorschriften wird überzeugend dargethan.

In Bezug auf Unfälle erscheint mir der Hinweis auf solche Gefahren bemerkenswerth, die durch das sogenannte Treibsystem entstehen. Wo bei einer Temperatur von über 90 Grad Fahrenheit mit der größten Schnelligkeit gearbeitet wird, sind Brandwunden möglich, ohne daß man sie im Augenblick bemerkt. Ich sah eine fleißige und intelligente Arbeiterin aus der Krämpfstube kommen, deren Arme von Brandwunden bedeckt waren. Sie waren durch den aufsteigenden Dampf und das Berühren der Maschine verursacht und können vermieden werden, wenn die Arbeitsheize etwas gemindert wird.“

Einer der wichtigsten Zweige der weiblichen Inspektionsthätigkeit ist unzweifelhaft die Ueberwachung der mit besonderen gesundheitlichen Gefahren für die Arbeiterinnen verbundenen Gewerbe. Neue einschlägige Gesichtspunkte, die durch Beschwerden seitens der Arbeiterinnen zu Tage getreten sind, mit denen sie sich schwerlich an den Inspektor gewandt haben würden, sind in den Berichten von Kommissionen für gefährliche Industrien (Dangerous Trades Committee) niedergelegt. Soweit die Aufsichtsthätigkeit in Betracht kommt, wurde die vorhandene Zeit im Wesentlichen durch Fragen der allgemeinen Hygiene, die Durchführung neuer Vorschriften und die Verhinderung ungesetzlicher Arbeit absorbiert. Gerade in diesen Industrien sind unaufhörliche Revisionen von außerordentlicher Wichtigkeit. „Die besonderen Vorschriften werden allmählig vernachlässigt, wenn der Inspektor nicht immer wieder zu den verschiedensten Zeiten und Stunden zur Stelle ist; Arbeitskleider (overalls, vollständig bedeckende Arbeitskleider) und Mützen verschwinden, Wascherfordernisse bleiben unerneuert, Spuren irgendwelcher Reinigung der Arbeitsräume sind schwer zu entdecken.“

„Ich setzte Bestrafung zweier Thonwaarenfirmen wegen fehlender Arbeitskleider durch und konstatierte in vielen Fabriken die Vernachlässigung der betreffenden Bestimmung. Arbeiter, die seit Monaten keine Arbeitskleider gesehen hatten, fand ich bemüht, in frisch eingekaufte hineinzukommen.“ — In Flachsfabriken haben Kinder und junge Leute, für welche die Benutzung von Respiratoren vor allem Anderen nothwendig ist, oft kaum von solchen Dingen reden hören, während die Erwachsenen sich vor abgenutzten und unsauberen Respiratoren eckeln.

An der Nothwendigkeit, die Waschanstalten unter wirksame gesetzliche Kontrolle zu bringen, lassen die einschlägigen Erhebungen der englischen Inspektorinnen keinen Zweifel. Einiges über die Zustände in den Waschanstalten ist ja auch in Deutschland durch den vorjährigen Wäscherinnenstreik in Osnaburg bekannt geworden. Hier ist ein Feld, auf dem alle Schritte

vom Gedankenstreich vorkommende Bezeichnung — bedeutet dasselbe) bezeichnen nach:

Réaumur	Celsius	Fahrenheit
00	00	+ 320
+ 4	+ 5	+ 41
+25	+31,25	+ 56,25
-10	-12,25	+ 9,5
-16	-20	- 4
-32	-40	- 40
-57,6°	-72°	-129,6°

Die Skala von Celsius bewährte sich als die praktischste und wurde deshalb auch von den Gelehrten aller Länder halb allein gebraucht. Auch im Privatleben wendet man sie immer mehr und mehr an. Dagegen halten die Engländer noch eben so zähe wie an ihrem Pfund- und Schilling-Münzfuß noch an der Skala von Fahrenheit fest. Wenn man daher liest, daß in irgend einer englischen Kolonie in den Tropengegenden eine Hitze von z. B. 95° herrscht, so braucht man noch nicht zu erschrecken und zu fürchten, daß da eine gewaltige Gluthitze herrsche, denn diese Temperatur ist gleich 35° (Celsius), kann mithin in unseren Breiten auch vorkommen.

Bei dem früheren Stande der Technik machte die Anfertigung eines guten Thermometers viele Umstände. Es ist zunächst erforderlich, daß das Glasrohr innen allenthalben genau gleich weit ist. Würde das Rohr sich an einer Stelle erweitern, so würde das sich durch die Erwärmung ausdehnende Quecksilber an dieser Stelle langsamer steigen, also eine niedrigere Temperatur anzeigen, als tatsächlich vorhanden ist. Bei

noch zu thun sind und auf dem die Agitation sich legendreich bethätigen kann.

Die betreffenden gesetzlichen Schutzbestimmungen Englands zeichnen sich durch ein ganz ungewöhnliches Maß von Unvollkommenheit aus; immerhin bedeuten sie einen Fortschritt, der lediglich den Inspektorinnen verdankt ist. Wohlthätig scheint das Gesetz bis jetzt für Packerinnen und Sortirerinnen zu wirken, die früher nahezu 80 Stunden gearbeitet haben. Man ahnt nicht, welche Ansprüche dieser Theil der Wäschearbeit an die körperlichen und geistigen Kräfte stellt. Die Dankbarkeit der Arbeiterinnen für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 60! Stunden ist ergreifend; aber im Sommer, als Woche für Woche sechs Stunden Ueberzeit gearbeitet wurde, war es kein Wunder, wenn die Bejahung der Frage: „Ist es denn wirklich wahr, daß wir so lange arbeiten dürfen?“ den Ausruf veranlaßte: „Es ist eine Schande!“

Für die schrecklichen Folgen der langen Arbeit nur der folgende Beweis: Die Packerin und Sortirerin einer Handwäscherei kam, die Beine vom langen Stehen mit Wunden bedeckt, in's Hospital, das sie an Krücken verließ; ihre Nachfolgerin war auf dem besten Wege, ebenfalls ihre Gesundheit zu verlieren, als es mir gelang, einzuschreiten.

Dem Bericht über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter entnehme ich nachfolgende Stelle: „Wir sind unausgesetzt bemüht, dem Unternehmer die Verantwortung klar zu machen, die ihn trifft, wenn er Kinder und junge Leute beschäftigt, ohne sich von ihrer Geistesfähigkeit für die ihnen zuertheilte Arbeit durch häufige Prüfung der Tauglichkeitsatteste“) und Befragen der Arbeiter zu überzeugen. Besondere Aufmerksamkeit wenden wir dieser Angelegenheit da zu, wo die Arbeitsbedingungen angreifend für den jugendlichen Körperbau erscheinen. Wir sind der Ansicht, daß hier ein schwerwiegendes Bedürfnis nach Aufhellung vorliegt und es Aufgabe der Statistik ist, sich nicht nur mit Krankheiten und Sterblichkeit, sondern auch mit dem allgemeinen Kräftezustande der jugendlichen Arbeiter in verschiedenen Industrien zu befassen.

Hinsichtlich des „Strafsystems“ heißt es: In einzelnen Fabriken üben die ausgehenden Strafandrohungen, deren Anwendung der „Einsicht“ irgendwelcher Aufsicht überlassen ist, eine Art Terrorismus über die Arbeiterinnen aus. Ist es erstaunlich, wenn ein ängstliches Mädchen nicht wagt, sich über einen Abzug zu beklagen, wenn ihr die „Einsicht“ des Aufsehers Verdoppelung der Strafe dafür in Aussicht stellt?

In den Textilfabriken Lancashire's ist es so allgemein Sitte, den Arbeiter für das Herbeischaffen des Garnes, das Oelen der Maschine und das Reinigen der Aborte zahlen zu lassen, daß man nur auf spezielles Befragen davon erzählt und doch sind dies unvermeidliche und selbstverständliche Produktionskosten, die dem Unternehmer zufallen sollten.“

In einigen Fabriken, speziell in der Konfektion, ist es Sitte, die Stückerbeiter wegen Unpünktlichkeit selbst dann zu strafen, wenn Arbeitsmangel herrscht. Eine der

*) Jugendlüche Arbeiter dürfen in England in Fabriken nicht ohne Tauglichkeitsatteste des staatlich angestellten Amtswundarztes beschäftigt werden.

einer Verengerung des Rohres würde das Gegenheil stattfinden. Ferner muß der Mann im Rohr über dem Quecksilber vollkommen luftleer sein, so daß das Quecksilber bis in das äußerste Ende des Rohres fließen kann, wenn man das Thermometer umkehrt. Man erreicht dies dadurch, daß man das mit dem nöthigen Quecksilber gefüllte Glasrohr soweit erwärmt, bis das Quecksilber den Rand des Rohres erreicht, worauf man letzteres schnell zuschmilzt. Zur Feststellung des Siedepunktes hängt man das Thermometer in einer Röhre auf, durch welche der Dampf von kochendem destillirtem Wasser strömt. Handelt es sich um Herstellung ganz genauer Thermometer, so muß man bei der Feststellung des Siedepunktes auch noch den Barometerstand in Betracht ziehen, da bei hohem Barometerstand, also bei hohem Luftdruck, das Wasser mehr Wärme zum Sieden braucht, als bei niedrigerem Druck. Dementsprechend wird der Siedepunkt tiefer oder höher angemerkt. Als Normaldruck ficht man auch allgemeiner Uebereinkunft den Luftdruck an, der einer Quecksilbersäule im Barometer von 760 Mikrometer entspricht. Allerdings sind in Folge der sich stets vervollkommnenden Technik die Thermometer sehr viel billiger geworden, so daß man jetzt schon eines, das für den Hausgebrauch vollkommen ausreicht, für wenige Groschen kaufen kann. Freilich wird bei der Herstellung solcher Thermometer nicht so sorgfältig und anspruchsvoll verfahren. (Schluß folgt.)

bestraften Arbeiterinnen erklärte: „Schlimm genug, wenn flauere Zeit ist, aber es ist sehr hart, wenn man von Morgens bis Mittags in der Fabrik sitzt, ohne etwas zu thun zu haben und den ganzen Tag kaum für einen halben Arbeit hat, und wenn einem dann bei dem verkürzten Lohn für fünf Minuten Verspätung noch 10 oder 20 S abgezogen werden.“ „Ich sah Lohnbücher von Arbeiterinnen, die in Folge der stillen Zeit nur 4 bis 7 Schilling verdienen, von denen bis 70 Pence jede Woche für Verspätung von zwei Minuten abgezogen war.“ „Man sagt, daß die Strafzüge eine Vorbeugungsmaßregel seien, um die Hände“) in den Fabriken festzuhalten und sie an der Stellenjuche zu verhindern. Die ganze Praxis, eine angemessene Disziplin durch ein System von Strafzügen für Unpünktlichkeit der Stückerbeiter zu erzeugen, ist mindestens zweifelhaft und scheint mir ihren Zweck zu verfehlen. Die Frau, die ihr krankes Kind, oder eine häusliche Pflicht, und das Mädchen, das bloße Trägheit zurückhält, werden nicht pünktlicher dadurch, daß man ihnen neben dem unvermeidlichen Verlust des Arbeitslohnes noch 20 oder 30 S abzieht. In einem Fall ist der Abzug erträglicher als das Verfallmüß, im anderen Falle genügt er nicht, um üblen Gewohnheiten mit Erfolg zu begegnen.“

Die angeführten Beispiele müssen für die Thätigkeit der englischen Inspektorinnen und die Art, wie sie ihre Aufgabe anpacken, hier genügen. Ihre strenge Objektivität, ihre freundliche Anerkennung der etwaigen Willigkeit der Unternehmer, Abhilfe zu schaffen, ihre Bemühungen, den Klageweg zu vermeiden, und ihre Energie bei seiner Verfolgung, wo er unerlässlich ist, ihre warme Sympathie und ihr unausgesetztes Streben, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen und ihnen Gelegenheit zu persönlicher Rücksprache zu geben, müssen den englischen Inspektorinnen allseitige Anerkennung sichern und weithin vorbildlich wirken.

„Gleichheit“.

Eine Rede des Reichstagsabgeordneten v. Elm im deutschen Reichstage.

Abg. v. Elm (Soz.): In der Sitzung vom 16. Febr. d. J. erklärte Herr Lieber, das Zentrum werde darauf halten, daß diese Anträge mit noch zwei weiteren nacheinander im Plenum zur Verhandlung kämen, und er sagte weiter: „dann werden wir einmal sehen, wer den Arbeitern den wahren Vortheil bringt.“ Gegenüber dieser fälschlichen Haltung des Zentrums möchte ich nur bemerken, daß es doch weit angebrachter gewesen wäre, wenn bei Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches das Zentrum darauf bestanden hätte, daß diese Angelegenheit dort endgiltig geregelt wurde. Die Macht dazu hätte es damals gehabt, denn der Regierung lag viel an dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches. Es hätte sich also wohl jetzt für das Zentrum, das vor den Wahlen wieder seine Arbeiterfreundlichkeit entdeckt hat, geziemt, eine etwas bescheidenere Sprache zu führen.

Dem Grundgedanken dieser Anträge stehen wir äußerst sympathisch gegenüber. Ich will noch mit einigen Bemerkungen auf die Gründe eingehen, die dagegen angeführt sind: Es ist gesagt worden, für die Arbeitgeber sei ein Bedürfnis nach einem solchen Gesetz nicht vorhanden, es hätte nur Bedeutung für die Arbeiter. Dem gegenüber ist es von Werth, darauf zu verweisen, welche Wirkung das Gesetz über die Berufsvereine in Frankreich gehabt hat. Es haben sich dort in Folge des Gesetzes Spandiate gebildet von Journalisten, Privatgelehrten, Ärzten, Staatsärzten, auch eine ganze Reihe landwirthschaftlicher Syndikate, jedesfalls also eine große Zahl von Unternehmer-Syndikaten. Es gab dort 1894 im Ganzen 595,707 Mitglieder in Nichterbeiter-Berufsvereinen und nur 422,797 Mitglieder in Berufsvereinen von Arbeitern. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß ein solches Gesetz Werth und Bedeutung hat nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die anderen Klassen. Das Bedürfnis stellt sich eben heraus, sobald nur ein solches Gesetz vorhanden ist.

Man hat ferner gesagt, wir bräuchten ein solches Gesetz bei uns nicht, weil hier die sozialpolitische Gesetzgebung hinlänglich für die Arbeiter gesorgt habe. Das Bemerkenswerthe an dieser Behauptung ist die Folge dessen nur noch zu Straßenspaziergängen verwendet. Sehen wir uns doch einmal genauer den Nutzen der sozialpolitischen Gesetzgebung für den Arbeiter an. Gehen die Krankenkassen. Diese zahlen so geringe Unterstüßungen, daß die Arbeiter deshalb Zuschüssen gegenüber haben, doch auch eine ganze Reihe von Gewerkschaften zahlen heute schon Zuschüsse zur Krankenversicherung. Dann die Altersrente. Neunzig Prozent der Arbeiter werden überhaupt nicht 70 Jahre alt, für diese hat also die Altersrente absolut keinen Werth, und für die, die wirklich das Alter erreichen, kann nur die bekannte Arbeiterrentenversicherung des Herrn v. Stumm 35 S den Tag als ausreichende Unterstüßung bezeichnen, die Gewerkschaften zahlen keine Altersrente, eben weil eine solche für die große Mehrzahl der Arbeiter gar nicht in Betracht kommt. Auch die Invalidenrente genügt durchaus nicht dem vorhandenen Bedürfnis, so daß auch die einige Gewerkschaften von sich aus Unterstüßungen einführen mußten. Bleibt noch die Unfallversicherung. Mit dieser haben sich die

*) In England ist die gebräuchlichste Bezeichnung für Arbeiter „the hands“, ein Ausdruck, dessen Schönheit keinerlei Erklärung bedarf, der aber äußerlich sehr charakteristisch dafür ist, wegen in letzter Linie absolute Differenzierung ohne Gegenwirkung führen würde, nämlich zur Umwandlung der Persönlichkeit des Arbeiters in ein Maschinenglied, in bloße „Hände“, deren dazu gehöriger Mechanismus durch Rohrungs-geheim, wie die Maschine durch Del. gekennzeichnet wird.

Gewerkschaften bisher nicht befaßt, als ausreichend ist sie jedoch ebenfalls nicht zu bezeichnen.

Im Uebrigen bleibt den Gewerkschaften noch die Fürsorge für die große Zahl der Arbeitslosen, für die der Staat nicht sorgt. Der Herr Vorredner hat ja seine Sympathie für diese Arbeitslosen ausgesprochen und gehofft, daß eine staatliche Versicherung da bald eintreten würde, vorläufig aber ist sie noch nicht vorhanden — die Arbeiter ihrerseits haben nun nicht auf eine staatliche Unterstüßung gewartet, sondern selbst gehandelt. Eine Reihe von Gewerkschaften zahlen Arbeitslosenunterstüßungen an Arbeiter auf Reisen, einige auch an Arbeiter am Orte selbst.

Gegenüber der Behauptung, daß die Gewerkschaften nur Streikvereine seien, hat schon Herr Dr. Schneider auf die englischen Gewerkschaften verwiesen. Herr v. Stumm hat jedoch die Angaben dieses Herrn bezweifelt und ich habe nun für eine Reihe von fünf Jahren 1892—1896 die Ausgaben der dortigen Gewerkschaften zusammengestellt. Ich mache noch darauf aufmerksam, daß in dieser Zeit der große Bergarbeiterstreik fällt. Nach den offiziellen Angaben des englischen Arbeitsministeriums hatten die größten Vereine zusammen 966,952 Mitglieder. Berausgab wurden während der fünf Jahre 47,466,340 M, für Arbeitslosenunterstüßung 39,915,580 M, für Krankenunterstüßung 13,771,620 M, für Invalidenunterstüßung 12,197,540 M, bei Todesfällen, für sonstige Unterstüßungen 8,868,440 M. Für Streiks sind in diesen fünf Jahren verausgabt 29,123,300 M, das macht von den Gesamtausgaben keine 20 Prozent.

Wie stellt sich nun dieses Verhältnis in Deutschland? In Deutschland waren 406,858 Arbeiter in Gewerkschaften organisiert. Dazu kommen noch die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, doch gibt es in diesen eine große Menge Nicht-Arbeiter. Im Ganzen sind hier in Deutschland in Gewerkschaften organisiert an 540 bis 550,000 Arbeiter, also ungefähr eine halbe Million, während in England ca. 1 1/2 Millionen Arbeiter organisiert sind. Das Vermögen dieser deutschen Vereine betrug im Jahre 1896 in Summa etwa 3 Millionen Mark. Für Unterstüßungen sind in denselben Jahren, die ich vorhin auführte, 1892—1896 ca. 5 1/2 Millionen Mark verausgabt, für Streiks dagegen nur ca. 1 1/2 Millionen.

Diese Zahlen beweisen doch zur Genüge, daß die deutschen Gewerkschaften nicht nur Streikorganisationen sind, sondern daß sie auch ganz Geheimes auf dem Gebiete der Unterstüßung der Arbeiter geleistet haben. Und diese Seite ihrer Thätigkeit würde sich noch mehr entwickeln, wenn sie mehr Selbstbestimmung bekommen würden. (Sehr richtig! links.) Es ist namentlich die Organisation der Buchdrucker, die sich in der Arbeitslosenunterstüßung hervorgethan hat; ungefähr die Hälfte der Gesamtleistung entfällt auf sie.

Wenn man einen Vergleich zieht zwischen der Arbeit dieser Organisationen und der von dem Grafen Posadowsky so sehr gepriesenen Reichssozialreform, so fällt der Vergleich sehr zu Gunsten der ersteren aus. Es sind von den Gewerkschaften insgesammt unterstüßt worden: Arbeitslose 479,365; Gemäßigerte 35,365; Kranke 467,365; Invaliden 155,365; insgesammt kann man also sagen, daß 1136 Personen das ganze Jahr hindurch von den Gewerkschaften unterstüßt worden sind. Setzt man das in Verhältnis zur Gesamtzahl der organisierten Arbeiter, so erhält man das Resultat, daß je 11 Arbeiter durch ihre Beihilfe einen Kollegen das ganze Jahr hindurch unterstüßt haben. Verdient solch' eine Thätigkeit um Förderung oder Unterdrückung? (Beifall links.)

Es liegt ja im Interesse des Staates selbst, daß die Arbeiter ihre Kollegen unterstüßen; dem einzelnen Kapitalisten mag es ja ganz angenehm sein, wenn er die Nothlage der Arbeiter ausbeuten kann; das Interesse der Gesamtheit aber erfordert es, daß der Arbeiter konsumfähiger wird. Und nach dieser Richtung hin würde die Arbeiterbewegung noch viel mehr leisten, wenn sie nicht immer wieder gehemmt werden würde. (Sehr richtig! links.)

In England, da hat die Regierung das Alles sehr wohl erkannt, da bemüht sie sich selbst, allen Arbeiterforderungen gerecht zu werden. Sie hat da in den Regierungswerksstätten achtstündige Arbeitszeit eingeführt, sie unterstüßt auch die von den Arbeitern gegründeten Genossenschaften; sie hat mit ihnen Kontrakte abgeschlossen, im Betrage von über 10 Millionen. Der Kriegsminister läßt den gesamten Bedarf an Schuhen durch die Genossenschaften decken und wird von ihnen besser und billiger bedient, als von den Kapitalisten.

Herr v. Stumm hat nun gesagt, daß das jetzt alles anders geworden sei; durch den Maschinenbauverstreit sei die Stimmung vollständig umgeschlagen. Da Herr v. Stumm auf diese Behauptung gerade großen Werth gelegt hat, so ist es notwendig, daß ich auf den Maschinenbauverstreit und seine Folgen ein wenig eingehe und einige faktische Unrichtigkeiten widerlege. Herr v. Stumm hat besonders heftige Vorwürfe gegen Tom Mann geschleudert, er sagte, die englischen Maschinenbauer hätten sich von einem beliebigen ausstehenden Herrn verführen lassen. Herr v. Stumm weiß nicht, daß Tom Mann selbst Maschinenbauerarbeiter ist und dem Allgemeinen Maschinenarbeiter-Verband angehört. Ich glaube, daß durch diese einfache Thatsache die Schlussfolgerung des Herrn v. Stumm gänzlich fortfällt. Man kann nun darüber streiten, ob es zweckmäßig war, daß die Maschinenarbeiter gerade jetzt ihre Forderungen erhoben haben. Daß diese an sich aber durchaus in der Ordnung waren, darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Sie haben zweifellos das Recht auf Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn die Arbeiter sich dagegen wehren, daß durch Einführung von Maschinen so und so viele Arbeiter brodlos werden, so haben sie nichts gegen die Einführung der neuen Maschinen beizubringen wollen, aber sie wollen, daß sie nach ihrer Einführung denselben Lohn wie bisher beziehen. Das geschieht aber nicht, wenn ein großer Theil arbeitslos wird. Alle diese Fragen haben die Arbeiter doch ganz allein zu entscheiden und brauchen hierzu nicht die Bereinigung mit Arbeitgeberern.

Herr v. Stumm sagte ferner, in England sei man jetzt der Ansicht, daß es nicht so weiter gehen könne. Sein praktischer Mann glaube mehr daran, daß der bisherige Weg der richtige sei. Er führte eine Resolution der Labour-Organisation an, die seine Worte bestätigte. Diese Labour-Organisation ist eine Vereinigung der sogenannten freien Arbeiter. Ich kenne diese ganz gut, sie sind nichts weiter als organ-

stirte Streikbrecher. Die Labour-Organisation hat schon bestanden seit dem großen Dockarbeiterstreik. Sie ist gegründet mit dem Gelde von Fabrikanten und wird von diesen nach wie vor unterstützt. Was sie ist, das haben wir zur Zeit des Hafnarbeiterstreiks gesehen. Damals erboten sich diese freien Arbeiter, Streikbrecher zu schaffen. Sie haben es auch getan, aber was sie da brachten, erwies sich als ein solches Gefindel, als meistens betrunkene und ganz fremdkommene Leute, daß die Schiffsherren froh waren, als sie sie wieder los waren. Ja, meine Herren, daß diese Organisation eine derartige Resolution gefaßt hat, das glaube ich, ihr Weizen blüht ja erst, wenn es den anderen Arbeitern schlecht geht. (Sehr richtig! links.)
(Schluß folgt.)

Aus Oesterreich.

Wien, 26. März.

Der Streik der Grazer Waggonbauer ist beendet und haben die Arbeiter Mittwoch, den 23. März, die Arbeit begonnen. Der wochenlang geführte Kampf endigte mit völli- gstem Erfolg für die Arbeiter. — In Linz sind in der Siegerei Merlet Differenzen ausgebrochen. — In Karls- bad droht ein Streik der Schmiedehilfen in Folge von Maßregelung zu entstehen. — Im Triestiner Lloyd- Arsenal haben die Eisen- und Metallgießer die Arbeit ein- gestellt. — Der Direktor der Furthofer Feilenfabrik will den dortigen Feilenhauern und Schleifern einen redu- zierten Preistarif aufhalsen. — In Thysa in Böhmen sind in Folge von Lohnreduzierungen in der Fabrik der Firma „Krautmühle“ sehr ernste Differenzen ausgebrochen, des- gleichen bei der Firma Beschomer u. Sohn in Budapest.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bekanntmachung.

Anschließend an unsere letzte Bekanntmachung ersuchen wir die Verwaltungen, bei Bestellung von Material für die **Unterkaufsrer** präzise Angaben darüber zu machen, ob eine Hauskassirer mit Bezirksmitteilung, oder ohne dieselbe ein- geführt, oder ob werkstättenweise Kassirer werden soll. Bei bezirksweiser und werkstättenweiser Einführung müßte die Ausdehnung der Bezirke nach der Anzahl der Mitglieder an- gegeben werden, damit dementsprechend die Stärke der zu sendenden Taschenrechnerbücher bestimmt werden kann.

Die Schemata des in Anwendung kommenden Materials sind in dem verhandeltem Reglement enthalten und **kann Material zur Aufsicht nicht versandt werden.**

Sobald macht sich im Monat April die Herausgabe des **Adressenverzeichnis**es notwendig und ersuchen wir um sofortige Einsendung der etwaigen Änderungen.

Schließlich machen wir darauf aufmerksam, daß das **Verhaltensreglement** für die Ortsverwaltungen voraus- sichtlich erst Ende April oder Anfangs Mai zur Ausgabe ge- langen kann und daß dasselbe dann **sämtlichen Ver- waltungen ohne besondere Bestellung** in der ent- sprechenden Anzahl zugestellt wird.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
- Nr. 40212 des Schlossers Johann Golling, geb. zu Verns- weiler am 26. Dezember 1872.
 - 86411 des ? Johannes Bauer, geb. zu Neu-Sienburg am 4. April 1874.
 - 86422 des ? Albert Ehinger, geb. zu Neu-Sienburg am 4. August 1872.
 - 169679 des Tuchmachers Philipp Hermann, geb. zu Breiting am 8. Dezember 1858.

Der Spengler F. Bejold, Buch-Nr. 112 448, zur Zeit auf Wanderschaft, hat in Nürnberg dem Beitragsammler 4 in seinem Bude enthaltene Beitragsmarken nicht bezahlt und ersuchen wir, ihm beim Erheben des Reisegeldes den Betrag von 80 M für die Beitragsmarken und das Porto für Ein- sendung des Betrages vom Reisegeld abzuziehen und an den Kassier der Sektion der Glaschner in Nürnberg, A. Götz, Nürnberg, Allersbergerstr. 54, einzufenden.

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160ff**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Der Gürtler Max Siebert aus Berlin, geboren am 29. April 1869, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Desgleichen der Former Emil Müller aus Delsnis, geb. am 19. Mai 1878.

Sobald wird der Schlosser Max Hamel hierdurch auf- gefordert, sich bei dem Vorstand schriftlich zu rechtfertigen, da seitens der Einzelmitglieder in Mägeln i. S. sein Aus- schluß aus dem Verband beantragt ist. Demselben wird zur Last gelegt, daß er mehrere Arbeitskollegen und Verbands- mitglieder thätlich mißhandelt und dieselben bedroht hat.

Korrespondenzen.

Former.

Göhl a. M. Zugang von Formern und Siegereiar- beitern nach hier ist wegen Maßregelungen streng fernzuhalten.

Klempner.

Bielefeld. Sektion der Klempner. In der letzten zahlreich besuchten Versammlung hielt Genosse Büchel einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über „Gekrönte Säupter“. Danach ersuchte uns Kollege Bunte in längerer

Ausführung, dem zu gründernden Arbeitsnachweis der Metall- arbeiter beizutreten, da der hiesige städtische Arbeitsnachweis für unsere Zwecke durchaus nicht genüge, indem er sich als ein Bureau zur Herbeischaffung Arbeitswilliger entpuppt hat. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Nachweis der Metall- arbeiter beizutreten. Zum Schluß eruchte der Vorsitzende die Anwesenden, unermülich für die Organisation zu agi- tieren, damit endlich die uns noch fernstehenden Kollegen auch zu der Einsicht gelangen, daß wir nur vereint unser Arbeits- verhältnis verbessern können.

Kassel. Die Klempner, Installateure und Kupfer Schmiede hielten am 22. März ihre regelmäßige Mitgliederversamm- lung beim Gastwirth Damm am Graben ab und standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Situationsbericht. 2. Vorschläge der Neunstundenkommission. 3. Wahl von Werkstattdelegirten. 4. Hausagitation und Verbandsange- legenheiten. Zum ersten Punkt legt der Vertrauensmann die Lage der Geschäftstätigkeit dieses und des kommenden Jahres dar und betont zugleich die Nothwendigkeit, eine rege Thätigkeit zu entfalten, um genau zu wissen, wie die einzelnen Geschäfte und Werkstätten mit Aufträgen bedacht sind. Er wünscht den Bericht dieser Thätigkeit in der nächsten Ver- sammlung zu hören. Zu Punkt 2 erstattet Kollege W. die Vorschläge der Neunstundenkommission, welche folgendermaßen lauten: I. Zur genaueren Uebersicht über die Lage der hie- orts arbeitenden Kollegen empfiehlt die Kommission die Auf- nahme statistischer Fragebogen. II. Die Werkstattdelegirten haben die Pflicht, die Kommission bei der Ausführung der gefaßten Beschlüsse voll und ganz zu unterstützen. III. Jeder Werkstattdelegirte hat regelmäßig 5 Werkstätten zu bearbeiten. IV. Unsere Forderungen sollen folgende Punkte enthalten: a) Einführung einer 9stündigen Arbeitszeit pro Tag. b) Eine Lohnhöhung von 15 Prozent. c) Gewährung eines Mini- mallohnes von 33 1/2 M pro Stunde. d) Für Ueberstunden- arbeit einen Zuschlag von 25 Proz. pro Stunde, desgl. für Sonntags- und Nacharbeit einen Zuschlag von 50 Proz. pro Stunde; als Nacharbeit gilt die Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens. e) Schaffung genügender Waschvor- richtungen in den Werkstätten, sowie vollständige Ventilation zur Vermeidung von Staub und schlechter Luft. f) Wödhöfen mit Rand und Deckel in gutem Zustande; Sicherheitsgurte mit gutem Seil für Bauarbeit. g) Freigabe des 1. Mai als Feiertag. h) Zahlung einer Tageszulage im Betrage von 1 M für auswärtige Arbeit in Wahlershäusen, Wilhelmshöhe, Kirchbismold, Parleschhausen, Shringshäusen, Bettenhausen, Waldau, Ober- und Niederzwehren, Wolfsanger etc. i) Ueber vorbezeichnete Grenze hinaus eine Montagezulage von M 2,50 pro Tag. k) Unständige Behandlung. Alle irgendwie nöthigen Änderungen werden der Kommission überlassen. — Nachdem die Vorschläge der Kommission einer genauen Kritik unter- zogen waren, wurden dieselben unter dem Beifall der Ver- sammlung angenommen. Nachdem zur Wahl von Werkstatt- delegirten 18 Kollegen vorgeschlagen waren, wurden 10 Kol- legen davon per Akklamation gewählt und war somit der dritte Punkt erledigt. Der 4. Punkt wurde wegen vorgerückter Stunde nur theilweise erledigt und soll nun in der nächsten Versammlung mit erledigt werden. Wir möchten nur ein- zelnen Kollegen noch ans Herz legen, daß sie sich nicht soweit hintersetzen lassen, mit persönlichen Reibereien die Versamm- lung in die Länge zu ziehen. Beherrigt doch das Wort: „Alle für Einen, Einer für Alle!“

Leipzig. Die Lohnbewegung der Klempner kommt in Fluß. Wir ersuchen daher die Kollegen vorerst Leipzig als Reizeziel zu meiden. Ausführlicher Bericht in nächster Nummer. — Herberge nebst Verkehrslokal der hiesigen Klempner im „Coburger Hof“, Windmühlentstr. Briefe an die Werkstellenkommission.

Metall-Arbeiter.

Altona. Am 14. März fand unsere regelmäßige Mit- gliederversammlung statt. Genosse Sittenfeld hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Kartelle und Ringe“. Hierauf wurde der Bericht vom Kartell er- stattet und die Liste derjenigen Gewerkschaften vorgelesen, welche noch Rückstände vom Hafnarbeiterstreik haben. Hierunter figuriren die Metallarbeiter mit 980 M Schulden. Ueber die Deckung dieser Schulden entsteht eine sehr lebhafte Debatte. Angenommen wird der Antrag, daß eine Revision vorgenom- men werde zwischen den Kartelldelegirten und Denjenigen, welche noch im Besitze von Marken sind. Zum Punkt: „Wie stellen wir uns zu dem schlechten Versammlungsbuch?“ wurden verschiedene Anträge gestellt. Angenommen wird der Antrag, die Versammlung statt alle 14 Tage alle 4 Wochen abzuhalten. Hervorgehoben wird noch, daß die Mitglieder in Zukunft die Versammlungen besser besuchen möchten wie bisher. Für das Lesen des neuangekommenen Werkes „Die Elektrizität“ wurde eine Skantion von 3 M festgesetzt. Die Angelegenheit bei der Firma Nieger in Ottenjen wird als erledigt bekannt gemacht.

Brandenburg. Eine Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Fahrrad- und Kindertwagenfabrik von Gebr. Reichstein (Brennvor = Fahrradwerke) fand am 21. März statt. Es fanden schon früher zwei Versammlungen der Arbeiter der genannten Fabrik statt, in welchen über die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit berathen wurde. Nun wurde über den Stand der Angelegenheit Bericht er- stattet und dabei etwa folgendes ausgeführt: In der vor- letzten Versammlung wurde eine Kommission von 7 Per- sonen gewählt, welche den Auftrag erhielt, auf gütlichem Wege mit den Herren Gebr. Reichstein über Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden zu unterhandeln. In einer Sitzung der Kommission wurde aus der Mitte der- selben ein Arbeiter gewählt, welcher zunächst bei den In- habern der Fabrik anfragen sollte, ob und wann die Herren mit der Kommission verhandeln wollten. Die Antwort ging dahin, daß eine mündliche Unterhandlung abgelehnt, jedoch schriftliche Aufstellung und Begründung der Forderung er- beten wurde. Das gewünschte Schriftstück wurde von der Kommission ausgearbeitet und, von allen Mitgliedern der- selben unterzeichnet, den Herren Gebr. Reichstein zugeestellt. Das sehr umfangreiche Schriftstück enthält eine eingehende Begründung der Forderung des zehnstündigen Tages. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die Arbeiter der Fabrik bereits im vorigen Jahre mit demselben Anliegen an die In- haber herantreten seien; sie wurden damals abgewiesen, wagten es aber heute wieder, mit derselben Forderung zu kommen, nachdem im abgelaufenen Jahre der zehnstün-

dentag in der Industrie im Allgemeinen immer mehr Bahn gebrochen habe und auch am hiesigen Orte in ver- schiedenen Fabriken durch Entgegenkommen der Inhaber zur Einführung gelangt sei. Zum Schluß wird erwähnt, um zu beweisen, daß das Gesuch auch von der gesammten Ar- beitererschaft der Fabrik gestellt sei, daß die Kommission ein Schriftstück zirkuliren ließ, welches 1755 Unterschriften er- hielt; Wertmeistern und in ähnlicher Stellung befindlichen Angestellten, sowie jugendlichen Arbeitern, sei das Schrift- stück nicht zur Unterschrift vorgelegt. Nachdem noch ein zweites Schreiben an die Inhaber abgefaßt wurde, ging endlich nach 12 Tagen jedem einzelnen Kommissionsmitglied ein gleichlautendes Antwortschreiben zu, nach welchem die Arbeiter mit ihrer Forderung abgewiesen wurden. Begründet wird die Ablehnung damit, daß durch Einführung der 10stündigen Arbeitszeit den Arbeitern ein Theil der Ar- beitsgelegenheit entzogen, dieselben mithin in ihrem Verdienst gekürzt würden, denn an eine Erhöhung der Lohn- und Ueberlöhne sei unter den gegenwärtigen Konkurrenzverhält- nissen, durch welche die Erzeugnisse der Fabrik bedeutend im Preise gesunken seien und noch bedeutend weiter sinken würden, nicht zu denken. Als Ablehnungsgrund muß weiter der Umstand herhalten, daß Fahrräder fast zollfrei nach Deutschland eingeführt werden können, während deutsche Räder im Auslande mit einem Zoll bis zu 80 M pro Stück belegt würden. Um eine schlechterstellung der Stunden- arbeiter zu verhüten, müsse das Gesuch abgelehnt werden. Die erwähnten Schreiben gelangten in der heutigen Ver- sammlung zur Verlesung. Das Antwortschreiben der Herren Gebr. Reichstein wurde Satz für Satz durchgenommen und einer scharfen Kritik unterworfen. Man hätte nicht geglaubt, daß diese winzige und gerechte Forderung der Arbeiter auf Widerstand stoßen würde. Wenn auch einige Sätze der Antwort als richtig zugestehen seien, so wird doch die von der Firma angeführte und angeblich geübte Arbeiterfürsorge sehr bemängelt. Nachstehende Resolution gelangte sodann zur einstimmigen Annahme: „Die heute am 21. März in Mengert's Volksgarten tagende Versammlung aller in der Gebr. Reichstein'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter und Ar- beiterinnen nimmt mit Entrüstung Kenntniß von dem ab- lehnen der Beiseid der Firma Gebr. Reichstein. Sie tabelt auf's Schärfste das Verhalten der Firma in Anbetracht einer so winzigen und berechtigten Forderung, welche Seitens der Arbeiter gestellt worden ist. — Die Versammlung verzichtet auf die in dem Antwortschreiben so hervorgehobene „Für- sorge“ ihrer Arbeitgeber. Nach vorangegangem Versuch, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf friedlichem Wege zu erstreben, ist jetzt die Versammlung der Ansicht, daß nur eine stramme und feste Organisation dieses Ziel zu erreichen im Stande ist. In Konsequenz dieser Erkenntniß beschließen sich die Arbeiter der Firma Gebr. Reichstein, mit aller Macht für die Stärkung der Organisation einzutreten, um bei einem abermaligen Versuch um Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu bitten, sondern zu fordern.“ In der weiteren Dis- kussion wurde von verschiedenen Rednern die Zaghaftigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter den Verbänden gegenüber scharf getadelt. Die Vorgänge bewiesen doch zur Genüge, daß nur durch einmütiges Zusammenstehen in einer strammen Organisation etwas erreicht werden könne. Frei- willig würden die Gebr. Reichstein niemals etwas bewilligen, diesen Herren gegenüber ist auf eine gütliche Vereinbarung nicht zu rechnen, denen müsse Alles abgerungen werden, nur einer vollständig geschlossenen und gut organirten Ar- beitermasse würden sie nachgeben; die Herren wollten eben den Kampf und zur gegebenen Zeit sollte ihr Verlangen er- füllt werden. Weiter gelangte ein Antrag zur einstimmigen Annahme, nach welchem das hiesige Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden soll. Die Kommission wurde beauftragt, die nöthigen Schritte nach dieser Richtung hin zu unternehmen. Man gab sich dabei der Hoffnung hin, daß die Herren Gebr. Reichstein das Einigungsamt nicht umgehen werden, da doch Herr Karl Reichstein Mitbegründer dieses Amtes sei. Die Herren geben ja auch vor, stets auf das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter bedacht zu sein. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, nunmehr die angenommene Resolution in die Wirklichkeit zu überföhren, d. h. sich den Verbänden anzuschließen und treu an diesen festzuhalten, wird die Versammlung geschlossen.

Bukarest, 22. März. Den Arbeitern der hiesigen Eijennöbelfabrik, Firma K a g, wurde gekündigt, weil das Geschäft veräußert wird. Die Arbeiter wissen noch nicht, wer der Uebernehmer ist und was sie von einem solchen zu erwarten haben, jedoch ist so viel zu bemerken, daß mit der Hinauschiebung eines bestimmten Uebereinkommens zwischen Uebernehmer und Arbeitern, die Letzteren gefügig gemacht werden sollen, unter schlechteren Bedingungen zu arbeiten. Sollen die hiesigen Möbelschlosser bei ihrem neuen „Herrn“ nicht nur die jetzigen Löhne behalten, sondern auch einige bestehende Uebelstände, wie z. B. Skantion, rohe Behandlung abzubringen vermögen, so ist es nothwendig, daß Zugang von Eijennöbelschlossern strengstens ferngehalten wird. Lasse sich also kein Arbeiter herlocken, um als Lohnbrücker zu dienen, da er schließlich doch als Geprellter hilflos dastehen würde oder umkehren müßte. Gegenüber materiellen Uebervor- theilungen oder Mißhandlungen seitens der Unternehmer findet der Arbeiter hier keinen anderen Stützpunkt, als in einer guten Organisation, nur diese ist im Stande, ihm zum Rechte zu verhelfen. Wir ersuchen alle Eijen- und Metall- arbeiter im Auslande, welche auf Arbeitsangebote von hier einzugehen gedenken, sich vorerst an Unterzeichneten zu wenden, welcher Auskunft erteilt wird.

Für den Verein der Eijen- und Metallarbeiter Rumaniens: G. Klaus, Bukarest, Str. Cameliac 12 bis.

Crimmitschau, 23. März. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter der Crimmitschauer Maschinenfabrik (M.-G.), beträgt heute 102 Mann, die fehlenden 17 vom vorigen Bericht haben theils hier, theils auswärts Arbeit gefunden.

Hörde. In der am 13. März abgehaltenen Mitglieder- versammlung wurden die Mißstände auf der Herrmannshütte kritisiert, vor Allem die miserable Ventilation, da die Arbeiter nahezu ausgeräuchert werden, anstatt frische Luft zu bekom- men. Verschiedene Baufälleigkeiten kamen auch zur Sprache. Sodann wurde noch erwähnt, daß eine Spionerie nach Denjenigen, welche in der letzten öffentlichen Versammlung die Mißstände in der Hütte betreffs Ueberstundenarbeit und Fabrikinspektion zur Sprache brachten, stattgefunden hätte. Natürlich ohne Erfolg; falls sich der Betreffende nicht selbst

verrät, wird man ihn schwerlich entdecken. Es wurde dann erfuhr, noch weiter so viel wie möglich Material zur Befestigung zu bringen, um die Mißstände zu beseitigen, da jetzt das Leben der Arbeiter vielfach auf's Spiel gesetzt und ihre Gesundheit ruiniert werde. Wer sich von der Wahrheit des Gesagten überzeugen will, möge einmal Morgens oder Abends sich vor die so sehr gelobte Herrmannshütte stellen und beobachten, wie ein großer Theil der Arbeiter zum Thore heraus nach seiner Behausung wandt, um auszuruhen und nachher „freiwillig“ wieder in das alte Joch hineingehen.

Jüterbog. Am 14. März fand im Lokale des Herrn Wend eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche von ca. 12 Personen besucht war. Der Grund für den schlechten Besuch ist in den schlechten Lohnverhältnissen zu suchen, wobei nicht so viel übrig bleibt, sich in der Woche ein Glas Bier zu erlauben. Es wäre aber angesichts dieses Umstandes erst recht einmal Zeit, Rembour zu schaffen und alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um einen größeren Zusammenhang der Metallarbeiter Jüterbogs zu bewerkstelligen. Besonders wäre es Pflicht der organisirten Kollegen, ihren Mitarbeitern ihre Lage vor Augen zu führen und ihnen klar zu machen, was eine Organisation zu bedeuten hat. Vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir Alles!

Kulmbach. Wie schon früher mitgeteilt wurde, ist die Lage in Kulmbach eine sehr bedenkliche. Es sind 2 Maschinenfabriken hier, circa 15 Brauereien, 6 Bauwerkstätten und 10 Maschinenwerkstätten. Organisiert sind bei E. Penzel, Maschinenfabrik 15, Pöhlmann, Maschinenfabrik 0, Bauwerkstätte 0, Flaschner 1, Brauereien 1 Mann. Also sind es 17 Mann unter ca. 200 Metallarbeitern. Aber hier hilft kein Dieben. Von den Unorganisirten ist es nicht möglich, noch einen perzugelien, die laufen meistens zu ihren Mädchen. Ueber die Lohnverhältnisse habe ich Folgendes mitzuteilen: Wer bei der Maschinenfabrik von E. Penzel es nicht wagt, um Lohnzulage zu bitten, bekommt nichts, denn von selber legen die Herren nicht zu; bekommt aber einer Zulage, so ist es höchstens 1 J pro Stunde. Die Löhne sind hier sehr gering, so daß man keine großen Sprünge machen kann. Die Verheiratheten haben 25, 26, 27, 28, 29, 30 bis zu 38 J, 38 J verdient der, der es versteht, mit den Herren Prinzipalen umzugehen. Bei den Ledigen sind die Löhne noch schlechter, da gibt es 18 bis 27 J pro Stunde. Wenn ein Arbeiter etwas zugelegt haben will, so hat aber der Herr Buchhalter das große Wort. Herr Penzel legt 2, 3, 4 bis 5 J zu. Da sagt der Herr Buchhalter: es genügt schon 1 J pro Stunde. Wenn der Herr Kühn die Werkstätte betritt, thut er, als wenn er auch etwas von der Arbeit verstände und will auch kommandiren. — Kollegen, rafft Euch auf, damit wir bessere Zustände schaffen können.

Landshut. Wir sind gezwungen, auch einmal die Spalten unserer Zeitung in Anspruch zu nehmen, um eine hiesige Maschinenfabrik zu insultriren. Zur Zeit sucht die Landshuter Mühlenbauanstalt und Eisengießerei (in Landshut) von S. Häuser, in den drei städtischen Arbeitsnachweiskstellen von Augsburg, München und Nürnberg tüchtige Formner und Maschinenflößer, aber am meisten werden Formner begehrt, die verheirathet sind. Mit Speck fängt man Mäuse — dieses Sprüchwort hat sich auch die vorerwähnte Fabrik zu Nutzen gemacht, denn dieselbe betreibt das Heranziehen, speziell von Formnern, im großen Stile, um immer den nächsten „Vorrath“ zu haben. Es werden in den Ausschreibungen den Leuten die glänzendsten Versprechungen gemacht, nämlich: Dauernde Arbeit und den Leistungen entsprechende Lohn. Aber wie sind die Leute enttäuscht, wenn der Zahltag kommt und man dieselben mit 26—28 J, höchstens 30 J pro Stunde abspießt! Vor kurzer Zeit kam ein Formner vom Arbeitsnachweis in Augsburg, dem man auch bloß 26 J am ersten Zahltag ausbezahlt. Derselbe wurde dann wegen dieses hohen Lohnes im Komptoir vorstellig, wo ihm vom Herrn Prinzipal die preußisch-schneidige Antwort zu Theil wurde, er hätte nicht einmal so viel verdient, worauf der Arbeiter natürlich seine Entlassung nahm. Als „Ergalohn“ wurde ihm die Reisevergütung vorenthalten, er mußte mit ein paar Mark wieder abziehen. Das Gießerei und mechanische Werkstätte anbelangt, so wird da manchmal Sonn- und Feiertags geschuftet; an Werktagen kommt es vor, daß bis 11 oder 12 Uhr Nachts gearbeitet wird, aber ohne jede besondere Vergütung für Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Und das Alles geschieht in dem erzkatholischen Landshut! Wir fragen nun, wo bleibt denn da das Gesetz über die Sonntagsruhe? Oder hat vielleicht Herr Häuser das Privilegium für Sonntagsarbeit? Was sagt da der Herr Fabrikinspektor dazu? Gegen die Arbeiter wird, wenn sich dieselben das Geringste zu Schulden kommen lassen, hart eingeschritten, aber bei einem solchen Herrn Fabrikanten, der selbst streng katholisch sein will, kennt man das Gesetz nicht. Ein angelernter Arbeiter, der noch nicht ganz 21 Jahre alt, hatte gekündigt; demselben wurde vom Fabrikanten gesagt, daß er nicht gehen dürfe, weil er noch nicht 21 Jahre alt sei und deshalb die Arbeit nicht verlassen dürfe, trotz regelmäßiger achtjähriger Kündigung. Derselbe wartete nun die Zeit ab, wo er 21 Jahre alt wurde und kündigte vom Neuen. Da sagte ihm der Herr Prinzipal, daß, wenn er gehe, auch sein Vater, der im Geschäft als Formner thätig ist, ebenfalls entlassen würde! — In der mechanischen Werkstätte sieht es nicht viel besser aus als in der Gießerei. Die Verheiratheten erhalten einen Lohn von höchstens 35 J. Die Ledigen hingegen werden mit 22 bis 23, höchstens aber mit 28 J abspießt. Vor kurzer Zeit wurde einem Schlosser, der schon in Witten der 3ten Jahre steht und etwas leisten kann, der horrend Lohn von 28 J ausbezahlt, worüber sich derselbe beim Herrn beschwerte; er bekam aber die gewöhnlichen Worte zu hören: Wenn Sie mehr verdienen, erhalten Sie auch mehr. Der Herr Werkmeister Haack sagte ihm: Ja, was meinen Sie denn, was die anderen Schlosser sagen werden, die schon Jahre lang um den Lohn von 28 J pro Stunde arbeiten, wenn ich jetzt Ihnen, da Sie noch nicht lange hier sind, 30 J gebe? — Die notwendigen Ausgaben stehen mit dem vorerwähnten Lohn absolut nicht in Einklang, indem die durchschnittliche Ausgabe für die Lebenshaltung inkl. Wäsche pro Woche 12—13 J beträgt, wähen bleibt dem Arbeiter für Bekleidung und andere notwendige Sachen 3, höchstens 4 J, d. h. wenn die Wäsche voll ist und kein Feiertag dazwischen fällt, wie es jetzt im März zwei Wochen hintereinander der Fall war. Um sein Geschäft herauszutreiben und damit Klammern zu machen, schreibt Häuser in den Be-

tungen aus: Fabrik für Mühlenbau und Eisengießerei mit 75 Arbeitern. Wir wollen uns nun diese 75 Mann etwas näher betrachten. In der mechanischen Werkstätte, wo nur 7 angelernte Schlosser und 3 angelernte Dreher arbeiten, sind, abgesehen von den Hilfsarbeitern, allein schon — sage und schreibe — 12—14 Lehrbuben. Die Lehrbuben müssen volle 4 Jahre lernen und damit dieselben während dieser Zeit nicht ausreizen, müssen deren Eltern eine Kaution von nicht unter 50 J stellen. Die Lehrbuben erhalten, so viel wie uns bekannt ist, im letzten halben Jahre, wo dieselben doch schon dieselbe Arbeit verrichten müssen, wie angelernte Arbeiter, den horrenden Stundenlohn von 12 J. — Ist ein Arbeiter 2—3 Tage, oder wie es schon vorgekommen ist, 14 Tage in Arbeit, so läßt man denselben in das Komptoir kommen, woselbst er 3 Schriftpüde zu unterzeichnen hat. Das erste handelt sich um Anerkennung der Fabrikordnung, das zweite um die Anerkennung und den Beitritt zur Arbeiterunterstützungskasse der Fabrik, und das dritte — das er — der Arbeiter — kein notorischer — Vorschußnehmer auf die Zukunft sein will! Macht ein Arbeiter das zweite Mal „Blau“, was z. B. nach vorangegangener Festlichkeit einmal vorkommt, so ist der Herr Fabrikant so human und läßt denselben durch die Polizei bestrafen, d. h. er muß nun zwei Tage brummen. Außerdem wird er noch von der Fabrik mit 1 J Strafe bedacht. — Was die sanitären Verhältnisse der Fabrik anbelangen, so lassen dieselben sehr viel zu wünschen übrig, denn die Heizung wird nicht richtig angewendet, wie es sich gehört, ein Mal müssen die Arbeiter frieren und ein anderes Mal wird, wenn auch gleich die Sonne recht warm scheint, trotzdem der Dampf durchgeleitet. Von Ventilation ist keine Spur vorhanden. — In der mechanischen Werkstätte, wo es manches Mal schwere Stücke zu transportiren und aufzuladen gibt, ist kein Kran vorhanden, nicht einmal ein Flaschenzug wird dazu benützt, es müssen deshalb Tagelöhner, Schlosser und alle mögliche Mannschaft mitgehen. Das ist dann „fabrikmäßig“ gehandhabt. — Die Abortanlage spottet jeder Beschreibung, denn dieselbe besteht aus einem mit ein paar rohen Brettern zusammengeschlagenem Häuschen, von Sitzbettern keine Spur, der Sitzgegenstand besteht aus einem halbrunden Balken, der quer durch das Häuschen geht, so daß man froh sein muß, wenn man das Gleichgewicht nicht verliert. — Mit knapper Noth können auf diesem wunderbaren Abort, wo es einem noch dazu auf den Kopf regnen kann, drei Personen zugleich Platz nehmen. Das Pissrohr steht ganz im Freien. Wir möchten doch einmal wissen, was der Herr Fabrikinspektor zu diesem geschnittenen Abort, wenn er denselben besichtigen sollte, sagen würde? — Metallarbeiter Landshuts besonders Ihr, die Ihr in diesem Colorado arbeitet: organisiert Euch, damit wir solche Mißstände zu beseitigen im Stande sind. Aber leider ist es Sitte hier in Landshut, lieber in die sogenannten „Fach“vereine und den „Spinnverein“ zu gehen, als in den Verband, da zahlen sie 20—30 J den Monat, und dafür bekommen sie alle Jahre einen Braten und zwei Maß Bier „umsonst“ und dürfen bei hohen Festlichkeiten mit der Fahne in die Kirche gehen. Darum, Kollegen, agitirt unentwegt weiter, damit wir auch diese Indifferenten in unseren Verband bringen.

Leipzig (West). Von der Maschinenfabrik H. Swiderski in Lindenau wurden bei Drehern, Hoblern und Bohrern Lohnreduktionen vorgenommen, weshalb Zuzug streng fernzubalten ist.

Leipzig (West). Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, welche von 5—600 Personen besucht war, fand am 4. März in der „Geleisbahnhalle“ zu Lindenau statt. Tagesordnung war: Die soziale Gesetzgebung in Deutschland, wozu der Reichstagsabgeordnete Franz Hofmann-Chernich das Referat übernommen hatte. Er führte in seinem Vortrage hauptsächlich aus, wie verbesserungsbedürftig die bestehenden sozialen Gesetze sind. In der Diskussion führte Kollege Scheib einige Fälle von der Leipziger Baumwollenspinnerei an. Dasselbst verunglückte ein Arbeiter und wurde vom Arzt sofort wieder hergestellt, daß er leichte Arbeiten machen konnte, man gab ihm aber schwere Arbeit und als er diese nicht machen konnte, wurde er einfach entlassen. Im „Gewerkschaftlichen“ wurde der Kollege Fritz Köhler, Formner, in das Agitationskomitee der Metallarbeiter von Leipzig-West gewählt.

Pegnitz. Es ist schon lange nichts von hier an die Öffentlichkeit gedrungen, und sollte man deshalb glauben, die Verhältnisse seien hier zufriedenstellend; dem ist aber nicht so. Die Löhne sind hier auf das tiefste Niveau gesunken, die Lebensmittel sehr theuer, die Logis ungenügend. Die Formner scheinen sich endlich etwas gegen das ungenügende und kautschukähnliche Affordhystem zu iräuben und es wäre hoch an der Zeit, daß sich dieselben besser organisiren würden. Doch auch in den anderen Berufen, bei den Drehern und Schlossern, ist es sehr schlecht bestellt und muß besonders auf den Bildungsgrad und die Humanität des Drehernmeisters geachtet und des Herrn Zeitner aufmerksam gemacht werden. Auch der Herr Bod leistet Großartiges, indem er die Ueberstunden, welche bloß mit 10 Prozent vergütet werden, nicht vergütet mit der Ausnahme, daß erst die Stunden vergütet werden, welche über 60 Stunden gemacht werden, er handelt also wirklich direkt gegen die Statuten. Man kann händlichen wo man will in der Pegnitzhütte, überall nur Mißstände. Darum auf, Kollegen, die Ihr uns noch fern seht, schließt Euch uns an. Nichts fruchtet Euer Klagen! Nichts das Balken Eurer Faust in der Tasche. Wollt Ihr ernstlich Eure Lage verbessern, besetzt Euch das aufrichtige Bestreben nach einer angenehmeren Zukunft, um wohlan: so tretet ein in die Reihen der Kämpfenden, tretet ein in den D. M. B. Dann kann auch kein Frierer- und Demunziantenwesen aufkommen. Es wird nur an den Fall Remd erinnert, welcher gezeigt hat, was für Macht die Arbeiter in den Händen haben, daß, wenn sie wollen, auch die Betriebsleitung zum Nachgeben zu bewegen ist.

Ulm. Am 5. März hielt die Zahlstelle Ulm des D. M. B. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Genosse Herrmann aus Stuttgart über das Thema: „Die Bedrohung der Koalitionsfreiheit durch die deutsche Reichsregierung“ referirte. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in der glänzendsten Weise; er wies besonders darauf hin, daß nur durch eine gute und starke Organisation den Angriffen auf das schon so wie so durch die verschiedensten Mittel eingeschränkte Koalitionsrecht entgegengetreten werden kann. Die Versammlung nahm dann folgende Resolution an: „Die heute im Saalhaus zum „Weissen Kopf“ abgehaltene öffent-

liche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und protestirt gegen das geplante Attentat auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter. Nicht Verkümmern, sondern Erweiterung desselben muß angestrebt werden.“ — Zu unserer Bedauern muß noch bemerkt werden, daß die Versammlung leider nur schwach besucht war. Die Metallarbeiter Ulms halten es nicht für notwendig, einer Versammlung beizuwohnen, noch der Organisation beizutreten, obwohl die Lohnverhältnisse in hiesiger Stadt nicht zu den glänzendsten gerechnet werden dürfen. Wenn aber selbst die Verbandsmitglieder es nicht der Mühe werth finden, zu einem für die Arbeiterschaft so wichtigen Vortrag zu kommen, so kann den Indifferenten kein Vorturf gemacht werden. Wenn man annimmt, daß zu einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung von circa 65 Mitgliedern kaum 12 oder richtiger gesagt von über 2000 Metallarbeitern kaum zwei Duzend zu erscheinen belieben, so weiß man nicht: ist mehr die Indifferenz der Indifferenten oder die Pflichtvergessenheit der Verbandsmitglieder zu tadeln. Es ist auch nicht zu verwundern, daß in verschiedenen hiesigen Werkstätten ungeheuer niedrige Stundenlöhne bezahlt werden. Und gerade diejenigen schlecht entlohnerten Arbeiter, welche sich schener, einen wöchentlichen Beitrag von 20 J zu bezahlen, gehören allen möglichen zwecklosen Lustvereinen an und jucken da ihre traurige Lage zu vergessen. Mögen diesen endlich einmal die Augen geöffnet werden, damit sie mitkämpfen möchten für eine bessere Zukunft. Es gilt dieser Mahnruf sowohl für die uns Fernstehenden, als auch für die organisirten Arbeiter Ulms selbst.

Welschert. In der am 19. März stattgefundenen Versammlung referirte Kollege W. Seifer über die „Kampfororganisation“. Gen. Seidler (Formnerverband) sprach über die Prinzipien und die Kampfweise der Gewerkschaften und tadelte, daß die meisten Kollegen nicht den nöthigen Opfermuth und zu wenig Kenntnisse besäßen. Hauptsächlich betont er, daß gegen Nichtorganisirte zu viel Rücksicht genommen würde (Berliner Formnerstreik) und meint, daß im anderen Falle die Unsperrung der Nichtorganisirten schon gelehrt hätte, in welche Reihen sie gehörten. Auch in Bezug auf Agitation beklagt er, daß die zurückgebliebenen Gegenden zu wenig Beachtung fänden. Kollege Knauer gibt im Prinzip ihm Recht, betont aber, daß das Besagte nicht bei allen, besonders größeren Streiks, durchgeführt werden kann. In Bezug auf Agitation und Belchzung hat die hiesige Filiale untreulich das Meiste im ganzen Rheinland geleistet und sind wir deshalb auch gut vorangeschritten. Sodann wurde Kollege Johann Peters als erster Kassirer gewählt. Kollege Rentrop macht darauf aufmerksam, daß die Fragebogen zur Statistik so schlecht einlaufen und wäre bessere Beteiligungen notwendig. Zur Konferenz wurden die Anträge: 1) die Arbeitsnachweise vom Bezirk aus einheitlich zu regeln; 2) die nächste Konferenz in Welschert stattfinden zu lassen; 3) die Frage der Arbeitslosenunterstützung auf die Tagesordnung zu setzen — angenommen. — Der Versammlungsbuch hat in letzter Zeit etwas nachgelassen, was wohl einestheils auf schlechte Wege, andererseits auf Faulheit der Kollegen zurückzuführen ist. Noch nicht einmal die Arbeiter der Kurischen Fabrik erschienen, trotzdem sie schriftliche Einladung hatten. Das muß anders werden.

Wolfenbüttel. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung tagte am 20. März im Gasthose zur Domschänke, in welcher Genosse Kießling aus Braunschweig über die deutsche Vereinsgesetzgebung und die Arbeiter referirte. Zum Schluß freiste Redner noch den geheimen Erlaß des Grafen Hofadonowitsch und forderte die Anwesenden auf, sich politisch wie gewerkschaftlich eng zu verbinden. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in der „Domschänke“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für eine Veränderung der Gesetzgebung einzutreten.“ Der letzte Punkt: Der Zustand der Formner bei Brandes, wurde durch einen der Anwesenden erörtert, dadurch, daß er mittheilte, daß bis jetzt noch keine Arbeitswilligen vorhanden seien. — Wie uns noch nachträglich mitgetheilt wird, haben durch einen Irrthum Formner aus Halle a. S. ein Arbeitsangebot nach hier angenommen. Jedoch ist durch telegraphische Benachrichtigung von hier aus Alles wieder ins Gleiche gebracht und Klärung über den hiesigen Streik gegeben. Der eine bereits hier angelommene Kollege reist heute noch ab.

Schlosser u. Maschinenbauer.
Hamburg. Deutscher Metallarbeiterverband, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer. Versammlung am 15. März. Kollege Weinheber hielt einen äußerst interessanten Vortrag über die Lehren des englischen Maschinenbauersfreis. Zum Sommervergnügen erstattet Segler Bericht und empfiehlt zur Abhaltung desselben Gamers' Establishment in Wandersbeck. Die Versammlung beschließt demgemäß. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergibt: Einnahme 54,65, Ausgabe 43,45, Ueberschuß 11,20. Für den Arbeitsnachweis werden neu gewählt die Kollegen Segler, Streu und Haber, als Bezirkskassirer Genze und Brauch. Von Fuchs wurde darauf hingewiesen, daß unsere Sektion im Besitze einer reichhaltigen und lehrreichen Bibliothek sei und empfiehlt er den Mitgliedern, dieselbe fleißig zu benutzen, da sie inrentgellisch zur Verfügung steht. Geöffnet ist die Bibliothek Montags und Freitags Abends von 8—9 Uhr. Streu ermahnt, die geliehenen Bücher pünktlicher abzuliefern. Dann macht Meißner bekannt, daß in nächster Zeit eine kombinierte Versammlung stattfindet und fordert auf, rege dafür zu agitiren.
Hannover. Am 19. März fand im „Ballhof“ eine öffentliche Schlosserverammlung statt. Ueber: „Die Lage in der Metallindustrie und die Lage der Metallarbeiter“, sprach Kollege Behle. Beim zweiten Punkt, Bericht über die eingelaufenen Fragebogen, welchen Kollege Heber gab, kamen ganz traurige Zustände im Schlossergewerbe am 5. Tageslicht, namentlich Lehrlingszuchterei; bei Krautern mit einem Gejellen sind 4 und 5 Lehrlinge, bei 8 Gejellen 7 Lehrlinge, bei 25 Gejellen 17 Lehrlinge usw. zu konstatiren. Auch die Lohnverhältnisse liegen viel zu wünschen übrig; zum Beispiel ist bei einer Firma für 40 Arbeiter ein Abort. Gemeinigt werden viele nur mangelhaft. In der Diskussion vertrat unser früherer Kollege Seemann den Standpunkt der Meißner. Im Kleinbetrieb ginge es nicht anders, Schuld an dem iekigen Stande habe die Lohnkommission, welche

nicht genug gearbeitet habe; er habe früher andere Statistiken an den Tag gebracht, als wie die jetzige sei. (2. Feb.) Nun, wir wollen über Herrn Seemann kein Wort mehr verlieren, wir kennen seine Thaten, wir wissen, wofür Weisheit's Kind er ist, für uns ist er abgethan. Bei Klassenbewußten Arbeitern ziehen leere Phrasen nicht mehr, dazu ist die gegenwärtige Situation zu ernst.

Feilenhauer.

Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Feilenhauer-Verammlung tagte am 20. März im „Koburger Hof“. Ueber: Die Lage der Feilenhauer und wie ist dieselbe zu verbessern? referierte Kollege Bollaß. Redner führt die Ursachen der Unzufriedenheit im Proletariat an. Es wäre kein Wunder, wenn die Arbeiter ihre Lage zu verbessern suchen. Auch für die Feilenhauer sei es an der Zeit; ihre äußerst trostlose Lage zu verbessern, wofür jetzt die günstigste Zeit sei. Redner legt in klaren Worten die Lage der Feilenhauer, Schleifer und Maschinenhauer dar und schließt mit der Aufforderung, die Leipziger, wie die Kollegen allerorts möchten ihre Lage erkennen, und ehe es zu spät ist, dieselbe zu verbessern suchen. Beim zweiten Punkt wurde von allen Kollegen eine Lohnbewegung befürwortet und in geheimer Abstimmung mit 41 Stimmen gegen 2 Stimmen (1 ungültig und 5—6 Enthaltungen) beschlossen. Es wurde betont, daß die Kollegen fast sämtlich dem D. M. B. angehören und ihnen die Sympathie des Vorstandes, wie der Leipziger Metallarbeiter gezeigt ist. Ein Gildburger Kollege erklärt sich im Namen der dortigen Feilenhauer im Ernstfalle solidarisch. Nach einer heftigen Debatte, an der Böhm, Mozat, Alter, Weiß sich beteiligten, wurden folgende Forderungen gestellt: 1) Abschaffung der Alfordarbeit. 2) Einführung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 56 Stunden. 3) Ein Wochen-Minimallohn von 21 M. 4) Alle Kollegen, die mehr wie 21 M. haben, behalten den alten Lohn bei obiger Arbeitszeit. 5) Bei Ueberstunden und Sonntagsarbeit 25 Prozent Zuschlag. 6) Die Lohnauszahlung ist auf den Freitag zu verlegen. 7) Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gehilfen (derselbe befindet sich im „Koburger Hof“ und ist täglich von 9—1 und von 4—5 Uhr geöffnet). 8) Die Schleifer fordern 40 S Stundenlohn, bei Feilen nach Gewicht à Zentner 25 S Zuschlag. — Es wurde beschlossen, die Forderungen nebst Kündigung an die Arbeitgeber zu übersenden. In die Lohnkommission wurden Köhler, Müller und Barthmann gewählt, als Vertrauensmann Gustav Jahnke, Merseburgerstr. 53, Hof III, Leipzig-Vindenu. Alle Sendungen an Bekannten. — Kollegen, haltet den Bezug von Feilenhauern, speziell Schleifern, fern!

Magdeburg. Am 20. März tagte hier eine Versammlung, die den Beschluß faßte, das Ertragsgehalt für organisierte Kollegen von 50 S auf 75 S zu erhöhen. Es erhält somit jeder zureisende Kollege, wenn er organisiert ist, das Geschenk von 75 S bei Martin Stephan, Feilenhauer, Krumme Ellenbogen 8 ausgezahlt. Umshauen ist streng verboten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Darmstadt. In der letzten Mitgliederversammlung wurde das Statut einer eingehenden Besprechung unterzogen und einige man sich schließlich dahin, der Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen. 1) Die vom Vorstand zu den §§ 4, 7, 9 und 10 Abs. 3 gemachten Vorschläge. 2) Dergleichen folgende von der Versammlung gestellte Vorschläge: § 10 Abs. 6: War ein Mitglied, nachdem es für eine Krankheit ausgeteilt, innerhalb der nächsten 2 Jahre, wenn auch nur vorübergehend, wieder arbeitsfähig, so tritt es nach Ablauf dieser Zeit wieder in seine statutgemäßen Rechte ein. In § 14 Abs. 3 zu lesen: „Vertritt ein Mitglied, welches durch ungünstige Erwerbsverhältnisse genötigt gewesen, in eine niederere Klasse überzutreten, so wird das Sterbegeld für die Klasse gezahlt, welcher der Verstorbene die längste Zeit, jedoch mindestens 5 Jahre, angehört hat.“ Sodann den jetzigen Abs. 3 als Abs. 4 folgen zu lassen. 3) Um dem Vorstande eine sichere Handhabe zur Anwendung des Abs. 6 in § 10 zu geben, wurde als Uebergangsbestimmung folgender Vorschlag gemacht: „Die zu § 10 Abs. 6 beschlossene Aenderung findet nur auf solche Fälle Anwendung, bei denen der Schluß der Unterzählung 2 Jahre vor Inkraftsetzung des neuen Statuts liegt. Auf ältere Fälle hat dieselbe keine Anwendung.“ Mit Recht wurde hervorgehoben, daß es nur ein Akt der Billigkeit und Gerechtigkeit wäre, wenn man dem Mitgliede, welches durch Verhältnisse gezwungen ist, in eine niederere Klasse überzutreten, das Recht garantiert, jederzeit anstandslos sich wieder in die frühere höhere Klasse einreihen zu lassen und im Falle des Todes dasjenige Sterbegeld gewährt, welches dem Verstorbenen aus der Klasse zuzustand, der er früher angehört. Denn wen trifft denn gerade die Härte der jetzigen Bestimmung? Fast ausschließlich die älteren Mitglieder, die viele Jahre der Klasse angehört und bei zunehmendem Alter und Verminderung ihrer Leistungsfähigkeit der Fabrikkrankenkasse geringeren Klassen zugeteilt werden, was zur Folge hat, daß der Maximalbetrag der Krankheitsunterstützung, den das Mitglied beziehen darf, bedeutend herabgesetzt wird. Bekanntlich besteht in vielen Orts- wie Betriebskrankenkassen die Bestimmung, daß bei Ueberschreiten einer gewissen durch den Lohn bedingten Unterstützungsumme eine Kürzung der Rente eintritt, ja es sind Fälle nicht selten, wo gar kein Krankengeld gewährt wird und das Mitglied bei der einen Klasse keine Beiträge ohne Gegenleistung bezahlt. Und um dies nun ganz oder theilweise zu vermeiden, erfolgt der Uebertritt in eine niederere Klasse. Tritt nun aber ein Wechsel und damit verbundene Besserung des Arbeitsverhältnisses ein, oder tritt das Mitglied in eine andere Ortsklasse über, wo die Kürzungsbestimmung nicht existiert und könnte somit auch wieder bei einer höheren Klasse angehören, so ist ihm aber der Rücktritt in dieselbe vielleicht durch den Umstand verwehrt, daß er früher einmal an einer Krankheit gelitten, die die Annahme der Wiederkehr zuläßt. Auch die vorgenannte zu § 10 Abs. 6 vorgeschlagene Aenderung erachtet man als gerecht und billig, denn auch hier werden fast nur diejenigen Mitglieder betroffen, welche der Klasse schon lange Jahre angehört. Die gegenwärtige

Fassung, sowie die vom Vorstande beantragte Aenderung befreit diesen, alle Perioden einer Krankheit zusammenzuziehen, wodurch es sehr oft vorkommt, daß die 52 Wochen erst in 10 bis 15 Jahren erreicht werden, was im Hinblick auf die geradezu humanen einschlägigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes und die der Ortskrankenkassen als eine ungeheure Härte angesehen werden muß. Es ist daher die von uns vorgeschlagene Aenderung sehr zu empfehlen. Die jetzige Fassung ist durchaus nicht geeignet, das Ansehen der Kasse zu erhöhen und derselben Mitglieder zuzuführen. Darum, weg damit.

Düsseldorf. Die 25. und 26. Wahlabtheilung hielten am 13. März im Lokale des Herrn Prevo eine gutbesuchte Wanderversammlung ab, wozu die Filialen Bill, Eller, Gilden, Lierenfeld, M.-Gladbach, Overbill, Rheht, Westien, Derendorf, Düsseldorf, Flingern, Gerresheim, Großenbaum, Mörfenbroich, Neuz und Ratingen ihre Vertreter entsandt hatten. Von den Vorschlägen des Vorstandes wurde § 4 Abs. 2 angenommen, die übrigen abgelehnt. Betreffs der §§ 7 und 9 wurde folgender Antrag angenommen:

Table with 4 columns: Klasse, Beitrag, pro Tag, pro Woche. 1. Klasse: 50 S, 2,35 M, 14,10 M. 2. Klasse: 40 S, 1,85 M, 11,10 M. 3. Klasse: 30 S, 1,40 M, 8,40 M. 4. Klasse: 20 S, 0,95 M, 5,70 M.

Zu § 10 Abs. 6 wurde beantragt, im Schlußsatz anstatt Krankengeldbezug zu setzen „Krankheit“. In § 14 Abs. 2 nachzutragen: Dasselbe beträgt nach einer Dauer der Mitgliedschaft von 10 Jahren 1. Klasse M 150, 2. Kl. M 120, 3. Kl. M 90, 4. Kl. M 60. Beide Anträge wurden angenommen. Nächste Wanderversammlung am 22. Mai in Gilden.

Göppingen. Am 13. März fand in Gammstadt eine Versammlung der 36. Wahlabtheilung statt, die von fast sämtlichen Filialen besucht war. Es kamen hierbei hauptsächlich die Anträge des Vorstandes zur Berathung, sowie verschiedene aus einigen Filialen gestellte, welche letztere von den Delegirten zur Generalversammlung entschieden vertreten werden sollen. Zu § 9 wurde ein Antrag angenommen, den Beitrag in seiner jetzigen Höhe zu belassen und die Unterstützung auf den früheren Stand zu erhöhen, dagegen den § 7 Abs. 7 in seiner jetzigen Fassung zu belassen. Bei § 10 Abs. 6 wurde die Aenderung, wie sie der Vorstand beantragt, nicht gutgeheißen. Weiter wurde ein Antrag, Herabsetzung der Delegirtensteuer auf 30 S, angenommen.

Berichtigung.

In dem Berichte in Nr. 11 aus Offenbach muß es in der vorletzten Zeile statt „der Hauptvorstand“ heißen: das Schiedsgericht.

An die Verwaltungsstellen in Brandenburg und Pommern.

Die unterzeichnete Kommission hat beschlossen, der am 3. April d. J. in Berlin stattfindenden Konferenz der Metallarbeiter von Brandenburg und Pommern folgende Anträge zu unterbreiten bezw. zur Annahme zu empfehlen:

- 1. Zur Betreibung der Agitation in den Provinzen Brandenburg und Pommern wird eine aus 5 Kollegen bestehende Kommission eingesetzt. Der Sitz der Kommission ist Berlin.
2. In diese Kommission sollen möglichst nur solche Kollegen gewählt werden, die ein weiteres Amt in der Organisation nicht bekleiden. Auch dürfen Agitatoren in die Kommission nicht gewählt werden.
3. Die Kommission hat mindestens alle Woche eine Sitzung abzuhalten. In dringenden Fällen ist der Obmann berechtigt, selbständig zu handeln, hat jedoch nachher der Kommission Mitteilung zu machen.
4. Die Kommission hat sich über die Verhältnisse in den Provinzen zu unterrichten und daraufhin entweder Agitatoren in bestimmte Bezirke zu entsenden oder die örtlichen Verwaltungen in der Agitation, Organisation und Führung der Geschäfte zu unterstützen.
5. Zu diesem Zweck hat der öffentliche Fonds der Berliner Metallarbeiter, sowie die Verwaltung Berlin zunächst die erforderlichen Mittel zu stellen. Außerdem zahlen die einzelnen Provinzial-Verwaltungsstellen pro Mitglied und Quartal 5 M. Jedoch steht es jeder Verwaltungsstelle frei, höhere Beiträge zu leisten. Ferner ist der Ertrag der Zellerksammlungen, sowie überhaupt der für die Agitation vereinnahmten Gelder an die Kommission abzuliefern.
6. a) Die Agitatoren erhalten freie Fahrt III. Klasse und 9 M Diäten pro Tag.
b) Die Agitatoren können auch, wenn dieselben in Berlin anwesend sind, zu den schriftlichen Arbeiten der Kommission herangezogen werden und erhalten dann pro Tag 5 M. Die Agitatoren sind verpflichtet, über die in den einzelnen Orten vorgefundenen Verhältnisse der Kommission Bericht zu erstatten.
c) Die Mitglieder der Kommission sind berechtigt, alle ihnen entstehenden Unkosten, sowie pro Sitzung 50 S zu liquidieren.

Werthe Kollegen! Nach den bisher gemachten Erfahrungen halten wir eine derartige Regelung dieser so brennenden Frage für das Beste. Wenn wir vorschlagen, eine Kommission zu wählen, so geschieht das aus mehrfachen Gründen: einmal weil wir nicht wollen, daß einem Einzelnen über die Verwendung der Gelder ein Recht zusteht. Zweitens sind die Maßnahmen eines Einzelnen schwer kontrollierbar und namentlich in Bezug auf die Ausübung der provinziellen Agitation würde dem ev. Vertrauensmann eine so große Verantwortlichkeit aufgebürdet werden, die er unter keinen Umständen tragen kann und darf.

Wenn wir nun die Kommission so einrichten wollen, daß weder Kollegen, die ein anderes Amt in der Organisation bekleiden, noch Agitatoren in derselben sitzen dürfen, so zwingt uns wieder die gemachte Erfahrung hierzu. Es ist für Denjenigen, welcher Mitglied der Kommission ist, einfach ganz unmöglich, seinen Pflichten und Arbeiten in der Kommission gerecht zu werden, wenn er noch ein weiteres Amt hat; entweder vernachlässigt der Kollege das eine oder das andere Amt, oder alle beide, und hiermit kann unmöglich der Organisation gedient sein.

Die Arbeiten der Kommission werden so reichhaltig sein

(wenn dieselbe ihren Zweck erfüllen will), daß eben die Kollegen nur dann etwas zu Stande bringen können, wenn die Mitglieder der Kommission nicht mit anderen Arbeiten überlastet sind.

Um nun aber auch zu verhindern, daß Unzulänglichkeiten, wie bei den früheren Kommissionen, sich herausbilden, muß unbedingt daran festgehalten werden, daß die Agitatoren nicht Mitglieder der Kommission sind; sondern dieselben sollen der Kommission, wie oben unter Abs. 2 und 6 a ersichtlich, zu allen Arbeiten zur Verfügung stehen. Eine eventuelle „Arbeitslosigkeit“ der Agitatoren ist in den nächsten Jahren nicht zu befürchten, da nach dem bereits vorliegenden Material eine Unsumme von Arbeit vorhanden, die bewältigt werden muß. Dadurch aber, daß wir dem Agitator jeden Einfluß auf die Geschäftsführung der Kommission nehmen, ist zu gleicher Zeit jeder persönlichen Reiberei unter den in Betracht kommenden Kollegen vorgebeugt.

Wenn wir von der Befolgung eines Kollegen unter diesen Umständen absehen, so haben uns aber noch andere Gründe dazu geleitet. Wenn nämlich die gesammte Agitation in der Provinz einem Einzelnen obliegt, so dürften wir Gefahr laufen bei eb. Erkrankung, bei Inhaftierung oder bei sonstigen Zwischenfällen, welchen die einzelne Person immer ausgesetzt ist, vollständig unorientirt über die Verhältnisse in der Provinz zu sein, da immer nur der Eine eine Uebersicht haben kann, während bei der Regelung, wie wir sie vorschlagen, dem vorgebeugt ist.

Werthe Kollegen! Nachdem wir so in Kürze die Hauptmomente, die für unsere Vorschläge sprechen, angeführt haben, ersuchen wir Euch, ev. noch Rücksprache mit den Delegirten zu nehmen und denselben über das hier Niedergelegte Eure Meinung zu sagen. Dann können wir auf der Konferenz unnötige Debatten sparen, zu diesem Zweck geschieht ja lediglich die Veröffentlichung der Anträge.

Mit Gruß

Die mit Vorschlägen behufs Regelung der Provinzialagitation beauftragte Kommission:

J. A.: Adolf Cohen, Berlin S., Briegerstr. 31, v. 1.

Technisches.

Elektrische Zugsteuerung zur Verhütung von Unfällen in Folge Schienenbruchs oder Lastenlockerung. Unter obiger Bezeichnung ist dem Erfinder Herrn. Biermann (nicht Bierbaum, wie in Nr. 27 v. J. S. der „Met.-Ztg.“, zu lesen war), Breslau, das Patent Nr. 88 634 erteilt worden für eine Vorrichtung, die dazu dient, Schienenbrüche oder Lockerungen der Schienenverbindungen einer Strecke vor dem Passiren der schadhafte Stelle mit Hilfe einer auf dem Zuge befindlichen elektrischen Stromquelle zu signalisiren und eventuell den Zug durch gleichzeitige automatische Auslösung der Bremsen und der Lokomotivsteuerung zum Stillstand zu bringen. Dadurch sollen die zahlreichen Unglücksfälle vermieden werden, die aus Schienenbruch und Lockerung resultiren. Die ganze Gleisstrecke wird in einzelne Felder von geeigneter Länge eingetheilt. Auf der Maschine oder an einer anderen geeigneten Stelle des Zuges befindet sich eine Stromquelle, von welcher der elektrische Strom durch einen Kontakthebel in das Schienengleis hinein- und durch einen anderen Kontakthebel aus demselben heraus- und zur Stromquelle zurückgeleitet wird. An den Uebergangsstellen der einzelnen Felder müssen Kontaktapparate angeordnet sein. Jedes Feld ist außerdem mit einer Nebenleitung versehen. Für jede Fahrtrichtung besteht eine besondere Nebenleitung, die je durch eine Schiene und einen Draht gebildet wird. Der letztere ist am Ende des Feldes durch den Kontaktapparat hindurchgeführt und darauf mit der Schiene in leitende Verbindung gebracht. Dieser Nebenstrom dient dazu, den Kontakt zwischen den Schienen in demjenigen Felde aufzuheben, in welchem sich der Zug befindet, so daß der Hauptstrom nicht mehr über diesen unter dem Zuge befindlichen Kontakt, sondern über den nächstfolgenden geleitet wird. Hierdurch soll erreicht werden, daß ein Fehler, der in einem noch vor dem Zuge befindlichen Felde des Gleises vorhanden ist, dem Zuge sofort, wenn er das vorherkommende Gleis erreicht hat, signalisirt wird, so daß der Maschinenführer bereits in diesem Felde des Gleises weiß, ob er in das nächste Feld einfahren kann. Auf einem Draht läuft eine an einem Kontakthebel der Maschine befestigte, von demselben isolirte Rolle, welche ihrerseits mit der Stromquelle leitend verbunden ist. Tritt nun der Zug in ein Leitungsfeld ein, so tritt die Rolle mit dem Draht an seinem freien Ende in Kontakt. Hierdurch wird die Nebenleitung geschlossen, in der nun der Strom durch den Kontaktapparat geht und dort bewirkt, daß das folgende Feld in die Hauptleitung eingeschaltet wird. In der Nebenleitung fließt der Strom von der Dynamomaschine durch die Kontaktrolle in den Draht, von dem er durch den Kontaktapparat in die Leitungsschiene und von dieser in die Dynamomaschine zurückkehrt. Findet aber der Strom in Folge eines Schienenbruchs oder einer Lockerung an der Verbindungsstelle in der Hauptleitung eine Unterbrechung bezw. einen Widerstand, so geht er auf eine an die Stromquelle im Zuge angeschlossene Nebenleitung über, in die Alarmapparate sowie eventuell auch die Bremsen und die Lokomotivsteuerung eingeschaltet sind. Der von der im Zuge befindlichen Stromquelle gelieferte Strom kann in rationaler Weise auch zur Beleuchtung und zur Heizung des Zuges benützt werden.

Vermischtes.

Die Verwendung weiblicher Arbeiter in der österröichischen Feilenindustrie nimmt nach dem „Oesterreichischen Metallarbeiter“ immer mehr überhand. Der Zeitpunkt wird nicht mehr fern erachtet, wo nur noch Frauen die Feilenmaschinen bedienen werden. Ein nach Arbeit anfragender Feilenhauer erhielt von dem Direktor einer großen Feilenfabrik in Niederösterreich die charakteristische Antwort: „Feilenarbeiter kann ich keine brauchen, aber wenn Sie mir zwanzig Mädel bringen können“. Die Arbeitsbedingungen der Frauen und Mädchen, die in Feilenfabriken beschäftigt werden, sind vielfach geradezu kläglich. Es werden den in Pöhlitz und Furthof an den Maschinen thätigen Arbeiterinnen 30 bis 35 Prozent vom Lohne abgezogen. Der Gewerbespektor hatte bei einem Besuch der Pöhlitzer Werke die Beschaffung von Waschapparaten angeordnet; sie fehlen heute noch.

